20. Sitzung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 19. März 2009

Anwesend sind:

Bürgermeister:	Laab Helmut	SPÖ
Vizebürgermeister:	Hermanek Susanne Niederhammer Christa	SPÖ ÖVP
Stadträte-SPÖ:	HR Dir. Antl Leopold, de Witt Hannes, Gatterwe Helmut, Holzer Othmar, Ing. Klimesch Klaus,	
Stadträte-ÖVP:	Ing. Huemer Friedrich, OSR Kronberger Karl,	
Stadtrat-FPÖ+U	Ing. Bolek Werner	
Stadtrat-GRÜNE	Mag.Ing. Straka Andreas	
Gemeinderäte-SPÖ:	Ambrosch Walter, Buchta Brigitte, Frithum Gabriele, Reg.Rat Fürst Ditmar, Mag. Krislaty Gerd (ab 19:50) Minibeck Manfred, Ryba Günter, Schöffauer Michaela, Mag. (FH) Sebesta Thomas, Sellinger Annemarie, Wechselberger Herbert, Wondrak Gerda,	
Gemeinderäte-ÖVP:	Mag. Baumgartner Martin, Mag. Dobritzhofer Wolfgang, DI Habacht Barbara, Hopfeld Peter, Ihm Ernst, Karas Franz, Kopf Gabriele,	
Gemeinderäte-FPÖ+U:	wHR. DI. Ihm Franz, Moll Gerald,	
Gemeinderäte-GRÜNE:	Schneider Alexandra	

Entschuldigt sind:

StR Eisler Elfriede, SPÖ
GR DI Stemberger Ansreas, SPÖ
GR Mag Maurer Mario, GRÜNE

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Rathaus Stockerau - großer Sitzungssaal

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.30 Uhr

Tagesordnung:

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

II. Genehmigung des Protokolls vom 02.12.2008

III. Bericht des Prüfungsausschusses

IV. Anträge des Bürgermeisters

- 1) Vereinbarung abgeschlossen zwischen der Stadtgemeinde Korneuburg und der Stadtgemeinde Stockerau über die Wahrnehmung der Aufgaben der Rechtsnachfolge nach dem Krankenanstaltenverband Korneuburg-Stockerau
- 2) Parzellierungsvertrag – Baugründe Wiesenerstraße
- 3) Dienstbarkeitsvertrag EVN Netz GmbH. – Mitteldruckgasleitung
- 4) Resolution für mehr Sicherheit in der Gemeinde
- 5) Löschungserklärung – ARBÖ NÖ
- 6) Löschungserklärung – Bauer Josef und Edith
- 7) Löschungserklärung – Korcsek Herbert und Silvia
- 8) Löschungserklärung – Neuwinger Christian und Monika
- 9) Verleihung – Sportehrenzeichen in Gold an Huber Hedwig
- 10) Verleihung – Hilfedienstmedaille in Gold an Poly Sofali

V. Anträge des Stadtrates

a) Finanz- und Liegenschaftsverwaltung

- 1) Rechnungsabschluss 2008
- 2) Änderung der Fixzinsvereinbarung bei Darlehen 2000112
- 3) Darlehensaufnahme für Gesellschafterzuschuss KIG
- 4) Darlehensaufnahme für Straßenbau
- 5) Zahlungsvereinbarung mit der Fa. Strabag AG
- 6) Verpflichtungserklärung betreffend Weiterleitung Bedarfszuweisungen für Fossilienwelt Weinviertel
- 7) Ankauf eines Großflächenmähers
- 8) Straßenbau-Ausschreibung 2009/10 – Vergabe von Leistungen
- 9) Rücktritt vom Grundkauf der Parz.Nr. 4453 – Atzwanger DI Thomas und Ruth
- 10) Verkauf des Grundstückes Parz.Nr. 4453 an Singer Gotthard und Vera
- 11) Verkauf des Grundstückes Parz.Nr. 4452 an Fleischer Günther
- 12) Ankauf einer Teilfläche des Grundstückes Nr. 1155/1 von ARBÖ

b) Stadtentwicklung und Verkehr

- 1) NÖ Verkehrsraumordnungsprogramm - Aufhebung
- 2) Kurzparkzonenverordnung

Gemäß § 47 Abs. 3 NÖ.GO. in nicht öffentlicher Sitzung behandelt:

I. Anträge des Bürgermeisters

- 1) Beisetzung der Aschenreste außerhalb eines Friedhofes, Urnenhaines u. Urnenhalle
- 2) Personalangelegenheiten

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Laab eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Vor Eingehen in die Tagesordnung gemäß § 46 (3) der NÖ Gemeindeordnung wird vom Bürgermeister der Antrag um Aufnahme nachstehender Tagesordnungspunkte gestellt:

in nicht öffentlicher Sitzung:

I. Anträge des Bürgermeisters

- I/2) Personalangelegenheiten – 1 Antrag dazu

Weiters liegt gemäß § 46 (3) der NÖ Gemeindeordnung von der FPÖ+U ein Dringlichkeitsantrag bezügl. NÖ Gemeindefandatare – Bezugserhöhung per 01.03.2009 vor und soll auf die Tagesordnung aufgenommen werden.

Bürgermeister ersucht um Vorlesung des Antrages.

Gemeinderat Ihm Franz: Der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Entschädigungen für Vizebürgermeister, geschäftsführende Gemeinderäte, Ausschussvorsitzende und "normale Gemeinderäte prozentuell derart angepasst werden, dass es zu keiner Erhöhung der Bezüge für Vizebürgermeister, geschäftsführende Gemeinderäte, Ausschussvorsitzende und "normale" Gemeinderäte kommt.

Der NÖ Landtag hat per 01.03.2009 verfügt, dass die Bezüge der 573 Bürgermeister im Lande nicht mehr wie bisher vom Gemeinderat in einem bestimmten Schwankungsbereich verordnet werden sollen, sonder legt die Bezugshöhe je nach Einwohnerzahl exakt fest. Begründung: "Lizitation nach unten, d.h. die Gemeinden haben in der Vergangenheit die ihnen eingeräumten Spielräume offenbar aus politischen Überlegungen nicht ausgenützt, wodurch die Bezüge oftmals viel zu niedrig angesetzt wurden." (ÖVP Gemeindevertreterverband).

Der bis heute kaum erwähnte Knackpunkt dieser Gehaltserhöhung für die Bürgermeister aber ist folgender: Die Entschädigung der übrigen Funktionäre (Vizebürgermeister, geschäftsfüh-

rende Gemeinderäte, Ausschussvorsitzende "normale" Gemeinderäte) sind derzeit durch Gemeindeverordnungen in einem Prozentsatz vom Bürgermeisterbezug fixiert. Es ist vorgesehen, dass diese Verordnungen weiterhin in Geltung bleiben. Dies bedeutet, dass auch die Entschädigungen im selben Ausmaß wie der Bürgermeisterbezug mit angehoben werden (ÖVP Gemeindevertreterverband).

Die FPÖ will mit der Ablehnung der vorgesehenen Bezügerhöhung auch andere NÖ Gemeinden anregen, ihrem Beispiel zu folgen. Pröll und Co. haben mit diesem Gesetz bewiesen, wie weit entfernt die "hohe Politik" in Wahrheit von den tatsächlichen Bedürfnissen und dem Denken der Bevölkerung entfernt ist. Es ist schon bezeichnend, wenn sie gerade in Zeiten wie diesen, mit "Null-Lohnrunden", da die Arbeitslosigkeit beängstigend ansteigt, allerorts in den Betrieben Kurzarbeit angemeldet wird und immer mehr Familien speziell mit Kindern, aber auch Pensionisten, unter der Armutsgrenze geraten, den Gemeindefunktionären gleichzeitig aber deren Bezüge derart unmoralisch erhöhen!

Beschluss: Der Gemeinderat wolle beschließen, dass die Entschädigungen für Vizebürgermeister, geschäftsführende Gemeinderäte, Ausschussvorsitzende und "normale Gemeinderäte" prozentuell derart angepasst werden, dass es zu keiner Erhöhung der Bezüge für Vizebürgermeister, geschäftsführende Gemeinderäte, Ausschussvorsitzende und "normale" Gemeinderäte kommt.

Bürgermeister Laab: Ich habe hier einen anderen Zugang dazu. Lt. Gemeindeordnung gibt es die Prozentgrenze von bis und wenn sich die Basis ändert, ändern sich auch die Entschädigungen für die Mandatäre. Ich würde von den Erhöhungen nicht von unmoralischen Erhöhungen sprechen, denn wenn ich mir vorstelle, dass bei vielen Veranstaltungen die Mandatäre herangezogen werden, Pokalspende, Unterstützungen etc. zu geben, und wenn man dann die Ausgaben zusammen rechnet, seine Steuererklärung abzugeben hat, so ist hier wirklich nicht von einem Zusatzeinkommen zu sprechen.

Um über diesen Antrag diskutieren zu können, muss erst abgestimmt werden, ob er auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	18
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Ich möchte feststellen, dass dieser Antrag in einem polemischen Stil verfasst ist. Dieser Stil wäre schon Grund genug, diesen Antrag abzulehnen, wir haben aber genug andere Argumente, unsere Ablehnung zu begründen. Dieser Antrag bietet die Gelegenheit, auch einmal in diesem Rahmen die Wertigkeit der Arbeit von Gemeindemandataren, und zwar von Bürgermeister, Vizebürgermeistern, Stadträten und Gemeinderäten – ich sage absichtlich nicht "normale", denn ich denke, dass wir keine "abnormalen" haben – aufzuzeigen. Ich möchte aus einem Artikel der OÖ Nachrichten zitieren. Es geht um die Bürgermeister und das ist auf alle Gemeindemandatäre umzulegen. Der Titel dieses Artikels ist "Politiker – ein sterbender Beruf, ein Beruf in der Krise, schlechter Ruf, wenig Verdienst". Herr S. wird heuer das Bürgermeisteramt einer Mühlviertler Gemeinde übernehmen, obwohl seine Partei ihm abgeraten hat, wird S. ab Herbst 30 Wochenstunden seiner regulären Arbeit nachgehen und zusätzlich seine Aufgabe als Ortsoberrhaupt. Er wird dann 80 bis 90 Stunden pro Woche tätig sein, Feuerwehrfeste eröffnen, freundlich sein, er wird Pokale spenden, darf am Sonntag nie die Messe versäumen, die Versammlungen sämtlicher Vereine sowieso nicht, er wird 80 Lehrlinge zum Geburtstag gratulieren und zur Jause bleiben. Dafür darf sich S. dann Politiker nennen. Beschimpfungen sind inkludiert, vor allem dafür, dass er zuviel verdiene, was angesichts der Arbeitsstunden weither geholt wäre. Und trotzdem gibt es immer noch Leute, die diesen Albtraum betreiben. Doch sie werden rapide weniger und deswegen herrscht in allen Parteien Krisenstimmung. Es gibt Nachwuchs- und Besetzungsprobleme, diese beginnen beim Gemeinderat. Das Berufsziel "Politiker" steckt in seinem größten Tief. Das ist bezogen auf das Arbeitspensum, zu schlecht entlohnt, jawohl, das muss man sagen dürfen. Er hat ein katastrophales Image, dabei wirken Politiker und Medien fleißig mit. Das politische Amt braut eine Aufwertung, in Geld und in Anerkennung. Höchste Zeit, dass wir Politikern mit mehr Respekt begegnen. Soviel aus dem Artikel der OÖ Nachrichten vom Februar 2007.

Wir sind der Meinung, dass die Aufwandsentschädigung der Gemeindemandatäre tatsächlich gerade den finanziellen Aufwand entschädigt. Die Zeit, die man opfert, die Verantwortung, die man trägt, wird ohnehin nicht honoriert. Deswegen können wir guten Gewissens, die vom Land beschlossene Erhöhung begrüßen und auch dazu stehen.

Es ist leicht, sich als Moralapostel hinzustellen, wenn man weiß, dass das höchstwahrscheinlich abgelehnt wird. Dann die Erhöhung einzustreifen, wie auch bei der letzten Bezügerhöhung vom März vor 10 Jahren, das nenne ich unmoralisch.

Gemeinderat Moll: Wir wollten Ihnen eigentlich diesen Propagandateil ersparen, aber nachdem Sie auf die vollständige Verlesung bestanden haben. Ich gebe gerne zu, dass hier die Intention dieses Antrages natürlich veranlasst ist, von sozusagen höheren Stellen, wie eben Landespolitiker, Bundespolitiker. So weit zur Propaganda.

Wenn Sie den Antrag genau lesen, dann sehen Sie, dass wir sehr wohl einer Erhöhung des Bürgermeistergehalts, wenn gleich sie 16,7% ist, zustimmen, weil wir ebenfalls der Meinung sind, dass die Spitze eines Gemeinwesens ordentlich bezahlt werden muss, um eben auch der Tätigkeit, die hier in höchster Verantwortung auszuführen ist, gerecht zu werden. Dass aber

gleichzeitig im selben Maße die anderen Bezüge mitangehoben werden, finden wir in der heutigen Zeit mit diesem Prozentsatz sehr wohl unmoralisch. Denn bitte, schauen Sie, wie rundherum sich die Situation, auch die Einkommenssituation der Bevölkerung geändert hat. Hier hat man, meine ich, sehr über das Ziel geschossen. Das ist auch der Grund, warum wir das mittragen werden.

Der Stadtrat und die Gemeinderäte der Freiheitlichen sehen ihre Tätigkeit als ehrenamtliche Tätigkeit. In Wirklichkeit ist das eine Erhöhung der Parteienfinanzierung. Wir selbst, wir drei profitieren davon Null, weil Null plus 16,7% ist immer noch Null.

Stadtrat Bolek: Wir zahlen in die Fraktionskassa ein, das für die gemeinsame Arbeit verwendet wird. Das ist eine freiwillige Entscheidung unserer drei Mandatäre. Wir betrachten es nicht als persönliche Entlohnung sondern zur Finanzierung unserer politischen Arbeit. Ich möchte mich diesem Antrag voll anschließen, weil er darauf begründet ist, die Erhöhung der Bürgermeistergehälter war ja 2 Jahre lang in den Medien und hier hat NÖ nachgezogen und sich gleichgestellt mit den restlichen Bundesländern, bei denen es schon seit Jahren oder länger ist. Man hat Studien gemacht, dass die NÖ Bürgermeister unterbezahlt sind. D.h. im Rahmen dieser Anhebung, die vernünftig ist, macht es auch einen Sinn, dass sie adäquat bezahlt werden. Die NÖ Gemeindeordnung gibt uns im Gemeinderat sehr wohl die Möglichkeit, grundsätzlich jederzeit die Bezüge der Mandatäre im vorgegebenen gesetzlichen Rahmen zu verändern, d.h. man könnte die Prozentsätze verändern. 16,7 % ist schon eine Summe, wo ich sage, ich möchte es gar nicht annehmen. Das Gesetz schreibt aber leider vor, dass er auf den Bezug verzichten kann noch auf eine Reduktion pochen kann. Wir sind gesetzlich verpflichtet, diesen Bezug anzunehmen. Ich appelliere an die Anwesenden, diese 16,7% zu überdenken. Man kann ja in einem oder zwei Jahren eine entsprechende Werterhöhung durchführen, aber eine Erhöhung über der Inflationsrate finde ich auch nicht in Ordnung.

Beschluss:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	18
	ÖVP	10
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

II. Genehmigung des Protokolls vom 02.12.2008

Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwendungen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	18
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

III. Bericht des Prüfungsausschusses

Gemeinderat Baumgartner: über die am 11.03.2009 in der Stadtgemeinde Stockerau angesagte Gebarungsprüfung.

Anwesend:

Mitglied des Prüfungsausschusses (Vorsitzender) GR Mag. Baumgartner Martin
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Buchta Brigitte
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Wechselberger Herbert
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Mag. Krislaty Gerd
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Ryba Günter
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Mag. Sebesta Thomas
Mitglied des Prüfungsausschusses GR HR Dipl. Ing. Ihm Franz
Buchhaltungsdirektor Zimmermann Walter

Entschuldigt:

Mitglied des Prüfungsausschusses GR DI Stemberger Ansreas, MSc
Mitglied des Prüfungsausschusses GR Mag. Dobritzhofer Wolfgang

I. ISTBESTÄNDE lt. beiliegendem Tagesbericht vom 04.03.2009 € -13.504.103,37.

II. SOLLBESTÄNDE

	verbuchte Einnahmen 2009	verbuchte Einnahmen 2008
BA-CA/Stadtgemeinde	€ 4.768.022,17	€ 76.401.359,84
KASSA	€ 42.707,79	€ 707.231,59
PSK 7332.355	€ 6.914,22	€ 927.855,43
RB 9001	€ 52,80	€ 1.885.725,31
BA-CA/Kassenkredit	€ 0,00	€ 0,00
BA-CA/Krankenhaus	€ 0,00	€ 1.213.101,13
BA-CA/Bankomatzlg.	€ 19.851,48	€ 280.881,10
BA-CA/Pflegeheim	€ 12.570,64	€ 79.537,65
BA-CA/Kartenverkauf	€ 7.067,60	€ 318.372,67
BA-CA/Organstrafen	€ 46.181,25	€ 277.883,52
BA-CA/Wertpapiere	€ 0,00	€ 349.861,62

	verbuchte Ausgaben 2009	verbuchte Ausgaben 2008
BA-CA/Stadtgemeinde	€ 6.170.766,85	€ 83.546.277,63
KASSA	€ 59.911,13	€ 675.241,10
PSK 7332.355	€ 11.194,72	€ 924.946,64
RB 9001	€ 272.713,29	€ 1.599.386,47
BA-CA/Kassenkredit	€ 0,00	€ 5.000.000,00
BA-CA/Krankenhaus	€ 0,00	€ 1.213.101,13
BA-CA/Bankomatzlg.	€ 18.091,13	€ 281.447,80
BA-CA/Pflegeheim	€ 8.091,31	€ 77.149,97
BA-CA/Kartenverkauf	€ 4.958,00	€ 317.112,02
BA-CA/Organstrafen	€ 43.104,75	€ 275.925,62
BA-CA/Wertpapiere	€ 172.278,82	€ 177.582,80
BA-CA/Grundstücke	€ 51.317,80	€ 2.303.939,65
HYPO Investmentbank AG	€ 0,00	€ 52.359.670,00
Gesamtausgaben	€ 6.812.427,80	€ 148.751.780,83

Gesamteinnahmen- Gesamtausgaben	-€ 13.504.103,37	
------------------------------------	------------------	--

Aus der Gegenüberstellung von Istbestand und Sollbestand ergibt sich die Übereinstimmung.

III. Rechnungsabschluss 2008

a) Materielle Prüfung:

1. Kassenbelege

- a) Sind alle Ausgabenbelege mit der schriftlichen Anordnung versehen?
Stichprobenweise geprüft
- b) Barbelege: Sind auf allen Einnahmenbelegen die Gegenzeichnung des Kassiers und auf allen Ausgabenbelegen die Quittungen der Empfänger vorhanden?
Stichprobenweise geprüft
- c) Weisen die Belege sonstige Mängel auf? Bei Stichproben keine

2. Kassenbücher (Journale)

Das Kassenbuch wird elektronisch geführt, die tagfertige Verbuchung ist augenscheinlich gegeben. Fehlbuchungen konnten keine festgestellt werden.

3. Haushaltsüberschreitungen

Der Prüfungsausschuss stellte stichprobenweise fest, dass sämtliche wesentlichen Ausgabenüberschreitungen des Abschlusses vom Voranschlag in der Größenordnung von über € 7.267,00 und mehr als 20 %, oder über € 72.678,00 auf Basis des Voranschlages begründet wurden.

4. Dienstpostenplan

Im Dienstpostenplan 2008, welcher gemeinsam mit dem Voranschlag 2008 beschlossen wurde, wurden 291 Vertragsbedienstete und 10 Beamte, somit in Summe 301, Bedienstete angeführt.

Lt. Rechnungsabschluss wurde ein Stand von 335 Dienstnehmern festgehalten.

Wie in der Stellungnahme von Herrn Zeman festgehalten, wurden die 301 Bediensteten auf Basis von Vollzeitäquivalenten ermittelt. Um den Vergleich Voranschlag zu Rechnungsabschluss (Soll zu Ist) herzustellen, ersuchen wir den Dienstnehmerstand ebenso entsprechend umzurechnen.

Insbesondere ersuchen wir um konkreten Vergleich (in Form einer schriftlichen Stellungnahme) des Dienstpostenplanes lt. Voranschlag gegliedert entsprechend der detaillierten Anführung im Voranschlag mit den durchschnittlichen tatsächlichen Beschäftigten 2008 (gegliedert nach Haushaltsposten).

5. Pflegeheim

Beim Pflegeheim (2/4210+8100 - Pflegegeld) mussten gegenüber dem Voranschlag Einnahmerückgänge in Höhe von € 435.000,00 hingenommen werden. Wir ersuchen um Stellungnahme durch den Pflegeheimdirektor, wie es zu diesen Rückgängen gekommen ist. Insbesondere ersuchen wir um Information, inwieweit die Verringerung durch eine zu optimistische Annahme einer nicht erfolgten Pflegegelderhöhung entstanden ist oder inwieweit allfällige Leistungskürzungen erfolgt sind.

6. Benchmarking

Im Abschlussjahr wurde kein neues Benchmarkingprojekt gestartet. Lt. Angabe von Herrn Dir. Zimmermann soll auf neue Projekte des Städtebundes bzw. des KDZ gewartet werden.

Die Prüfungsausschussmitglieder Ihm und Baumgartner regen zum wiederholten Male an, einen gezielten und laufenden Vergleich mit anderen Gemeinden durch Benchmarkingprojekte aktiv (notfalls auch ohne Städtebund und KDZ) voranzutreiben.

Die Mitglieder der SPÖ Gemeindefraktion sehen grundsätzlich die Notwendigkeit von Benchmarkingprojekten, allerdings sollte aus Kostengründen eine Zusammenarbeit mit dem Städtebund und KDZ in diesem Bereich erfolgen.

Gemäß § 82 der NÖ. Gemeindeordnung wurde dieser Bericht dem Bürgermeister und dem Buchhaltungsdirektor zugestellt.

Stellungnahme des Bürgermeisters und Buchhaltungsdirektors:

zu Punkt 4. Dienstpostenplan

Dem Ersuchen um Umrechnung des IST-Personalstandes per 31.12.2008 auf Vollzeitäquivalente wurde – soweit möglich – entsprochen und ergibt im Vergleich zum Dienstpostenplan 2008 eine Unterschreitung von ~ 14 Dienstposten.

Eine Umrechnung der Freien Dienstnehmer und Hausbesorger war jedoch nur bedingt möglich. Unter Miteinbeziehung der Lehrlinge (SOLL 15/IST 9) ergibt sich zum 31.12.2008 nun folgender Vergleich:

Gesamt SOLL	316	(301+15 Lehrlinge)
Gesamt IST	302	(~293+9 Lehrlinge)

Eine nach Haushaltsstellen gegliederte Darstellung der durchschnittlichen, tatsächlichen Beschäftigten im Jahr 2008 ist aufgrund des zur Verfügung stehenden Datenmaterials leider nicht möglich.

zu Punkt 4. Pflegeheim

Einnahmerückgänge bei Pflegeheim in Höhe von € 435000,-- - Im Voranschlag für 2008 wurde auf der Einnahmenseite unter der Post 8100 Leistungserlöse Pflegegeld für das Jahr 2008 € 1.148.280,-- vorgegeben. Dieser Betrag errechnet sich aus den eingenommenen Beträgen aufgrund der zu erwartenden Pfleglinge und deren zu erwartende Pflegestufe. Aufgrund des Verlaufes der letzten Jahre haben wir für das Jahr 2008 mit folgender Aufgliederung unserer Heimbewohner gerechnet.

Pflegestufe 3 – 1 Bewohner
Pflegestufe 4 – 19 Bewohner
Pflegestufe 5 – 23 Bewohner
Pflegestufe 6 – 10 Bewohner
Pflegestufe 7 – 14 Bewohner

Aufgrund dieser Annahme wäre abzüglich der Fehltag für Krankenhaustage der entsprechende Betrag von € 1.148.280,-- anzunehmen, der auch in dieser Höhe im Voranschlag vorgesehen wurde.

Zu dieser Zeit wurden gleichzeitig Verhandlungen der ARGE Pflegeheime mit dem Land geführt, mit der Forderung den Grundtarif und die Pflegegeldstufen zu erhöhen. Einer vorläufigen Aussage zu Folge, dass schon für 2008 diese Erhöhungen in die Leistungserlöse für Pflegegeld angenommen werden können, haben wir mit kaufmännischer Vorsicht unseren Voranschlagswert angepasst und auf € 1.438.300,-- korrigiert.

Aufgrund der tatsächlich aufgenommenen und zu pflegenden Heimbewohner im Jahr 2008 erfolgte eine Verschiebung innerhalb der Pflegestufen, sodass im Bereich der niederen Pflegestufen mehr als geplante Pfleglinge aufgenommen wurden. Angemerkt sei in diesem Zusammenhang, dass die Aufnahme der Pfleglinge durch die Bezirkshauptmannschaft erfolgt und die Heimbewohner an unser Haus zugewiesen werden.

Tatsächlich erfolgte somit ein Leistungserlös von Pflegegeldern von € 1.003.006,67. Somit ergeben sich für das abgelaufene Jahr 2008 Mindereinnahmen im Bereich von Pflegegeldern € 145.273,33 für den ersten Budgetansatz.

Da jedoch die geplante Erhöhung der Pflegegelder auf das Jahr 2009 verschoben wurde und im Jahr 2008 nicht wirksam war, werden nun im Rechnungsabschluss 2008 in der Position Erlöse aus Pflegegeldern Mindereinnahmen von € 435293,33 ausgewiesen.

zu Punkt 6. Benchmarking

Die Abwicklung eines Benchmarkingprojektes ist erfahrungsgemäß sehr zeitaufwändig, sodass dies höchstens in einem kleineren Ausmaß durch die Stadtgemeinde Stockerau alleine abgewickelt werden kann. Darum erscheint es sinnvoll, für solche durchaus interessante Benchmarkingprojekte unter Führung eines Dritten, wie z.B. des Städtebundes oder des KDZ durchzuführen.

Der Städtebund hat im Frühjahr 2008 eine Umfrage unter den NÖ Städten durchgeführt, ob Interesse an der Teilnahme an weiteren IKV bestünde (es wurden 6 Vergleichsbereiche vorgeschlagen). Nach Rückfrage beim Städtebund wurde mitgeteilt, dass sich nicht genügend Kommunen für diesen "Interkommunalen Kennzeichenvergleich" meldeten. Die Stadtgemeinde Stockerau wird 2009 beim Städtebund einen Vorschlag für einen Vergleichsbereich einbringen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	18
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

IV. Anträge des Bürgermeisters

1.) Vereinbarung abgeschlossen zwischen der Stadtgemeinde Korneuburg und der Stadtgemeinde Stockerau über die Wahrnehmung der Aufgaben der Rechtsnachfolge nach den Krankenanstaltenverband Korneuburg-Stockerau

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Am 12.06.2008 fand die Abschlusssitzung der Rechnungsabgrenzung zwischen dem Land NÖ und dem Krankenanstaltenverband Korneuburg-Stockerau bzw. der Stadtgemeinde Korneuburg und der Stadtgemeinde Stockerau statt. Die noch damit verbundenen Vorgaben wurden gemeinsam abgearbeitet und alle offenen Forderungen abgedeckt, um sodann die Auflösung des Krankenanstaltenverbandes Korneuburg-Stockerau zu erwirken. Da auch nach Auflösung des Krankenanstaltenverbandes Korneuburg-Stockerau Kraft Gesetzes eine Regelung für mögliche anfallende Rechtsstreitigkeiten und offene Forderungen zu treffen ist, wird eine Vereinbarung betreffend Rechtsnachfolge des Krankenanstaltenverbandes Korneuburg-Stockerau zwischen den Stadtgemeinden Korneuburg und Stockerau abgeschlossen.

Vereinbarung,
abgeschlossen zwischen
der Stadtgemeinde Korneuburg und der Stadtgemeinde Stockerau
über die Wahrnehmung der Aufgaben der Rechtsnachfolge nach
dem Krankenanstaltenverband Korneuburg-Stockerau
für den Zeitraum vom 1. Jänner 2002 bis 31. Dezember 2006.

Gemäß § 19 (1) des Gesetzes über die Errichtung des Krankenanstaltenverbandes Korneuburg-Stockerau, LGBl. 9442, trat

- ab 1. Jänner 2002 der Krankenanstaltenverband die Rechtsnachfolge der Stadtgemeinden Korneuburg und Stockerau als Rechtsträger der allgemeinen öffentlichen Krankenanstalten Korneuburg und Stockerau an
- und übernahm alle Rechte und Pflichten der ehemaligen Rechtsträger hinsichtlich dieser Krankenhausstandorte
- mit Ausnahme der in (2) ausgenommenen Forderungen und Verbindlichkeiten, die aus der Betriebsführung der allgemeinen öffentlichen Krankenanstalten Korneuburg und Stockerau durch die ehemaligen Rechtsträger herrühren
- und die Geschäftsjahre bis einschließlich 2001 betrafen.
- Gemäß Übergabevertrag zwischen dem Land Niederösterreich und dem Krankenanstaltenverband Korneuburg-Stockerau und der Stadtgemeinde Korneuburg und der Stadtgemeinde Stockerau wurde der Übergang der Rechtsträgerschaft des Humanisklinikums vom Krankenanstaltenverband Korneuburg-Stockerau auf das Land NÖ geregelt.
- Im Übergabevertrag ist geregelt, dass anhängige Verfahren der Krankenanstaltenverband Korneuburg-Stockerau und die Städte Korneuburg und Stockerau für die zum 31.12.2006 anhängigen Verfahren bis zu deren rechtskräftiger Beendigung zur ungeteilten Hand tragen.
- Dies gilt auch für Ansprüche, die vor dem 1.1.2007 dem Grund nach entstanden sind, auch wenn diese erst nach der Übergabe gegenüber dem Land NÖ (gerichtlich) geltend gemacht werden.

- Für den Zeitraum der Gründung des KAV per 1.1.2002 bis zur Übergabe der Rechtsträgerschaft an das Land NÖ per 31.12.2006 treten die Stadtgemeinden Korneuburg und Stockerau zur ungeteilten Hand die Rechtsnachfolge des KAV an und übernehmen alle Rechte und Pflichten dieser Körperschaft öffentlichen Rechts.
- Das Gesetz über die Errichtung des Krankenanstaltenverbandes Korneuburg-Stockerau, LGBl. 9442, wird voraussichtlich mit Wirkung vom 1. Jänner 2010 aufgehoben.
- Beide Stadtgemeinden vereinbaren, dass die Behandlung und Abwicklung von zukünftigen Forderungen des KAV bzw. an den KAV durch die Stadtgemeinde Stockerau erfolgen.
- Bei sämtlichen Angelegenheiten, die den ehem. Krankenanstaltenverband betreffen, wird die Information der beiden Stadtgemeinden bzw. die Abstimmung zwischen diesen ohne unnötigen Aufschub vereinbart.
- Sämtliche Verpflichtungen werden von beiden Stadtgemeinden zur ungeteilten Hand getragen.
- Schadensfälle werden ohne unnötigen Aufschub der zuständigen Versicherung zugeleitet.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	18
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

2.) Parzellierungsvertrag – Baugründe Wiesenerstraße

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Bereich westlich der Wiesenerstraße wurden gemäß Teilungsplan GZ 20000 vom 17.11.2008 des DI Stefan Wailzer Bauplätze für die Errichtung von Einfamilienhäusern, Reihenhäusern und Mehrfamilienhäusern geschaffen.

Da bei dieser Grundabteilung mehrere Grundeigentümer beteiligt sind, wurde auf Basis des Teilungsplanes die Parzellierungsurkunde vom Dr. Werner Schoderböck erstellt.

In dieser Parzellierungsurkunde wird zwischen sämtlichen Beteiligten,

- der Stadtgemeinde Stockerau,
- der Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und VerwertungsgesmbH.
Stockerau
- Herrn Franz Preiss
- Frau Anita Preiss
- Frau Gerda Dinstl
- Frau Brigitte Schulheim
- Frau Andrea Hladik

die Grundaufteilung bzw. Grundabtretung in das öffentliche Gut für die neu geschaffenen Parzellen, in Abhängigkeit von der eingebrachten Grundfläche, geregelt.

Da aufgrund der gegenständlichen Parzellierungsurkunde Frau Gerda Dinstl, Frau Andrea Hladik und Frau Brigitte Schulheim Bauflächen ins Eigentum zufallen, ist der Stadtgemeinde Stockerau ein Betrag in der Höhe von € 94.300,-- zur Auszahlung zu bringen.

Entsprechend der gegenständlichen Parzellierungsurkunde fallen somit nachstehend erwähnte neu gebildete in der KG 11142 Stockerau gelegenen Grundstücke folgenden Eigentümern zu:

- 1) Stadtgemeinde Stockerau die neugebildeten Grundstücke Nr. 2670, 4454, 4453 sowie ein 396/628-tel Anteil am Grundstück Nr. 4452
- 2) KIG die neugebildeten Grundstücke Nr. 4504, 4503, 4505, 4496, 4506, 4495, 4497, 4498, 4494, 4499, 4493, 4500, 4492, 4501, 4491, 4502, 4490, 4481, 4482, 4485, 4486, 4489, 4480, 4483, 4484, 4487, 4488, 4479, 4477, 4478, 4476, 4475, 4472, 4473, 4474, 4458, 4461, 4460, 4463, 4462, 4464, 4465, 4466, 4467, 4468, 4469, 4470, 4471, 4449, 4450, 4451 sowie ein 232/628-tel Anteil am Grundstück Nr. 4452
- 3) Frau Gerda Dinstl das neugebildete Grundstück Nr. 4457
- 4) Frau Brigitte Schulmann das neugebildete Grundstück Nr. 4455
- 5) Frau Andrea Hladik das neugebildete Grundstück Nr. 4456
- 6) Herr Franz Preiss und Frau Anita Preis das neugebildete Grundstück Nr. 4459

Stadtrat Straka: Wir sind gegen diese Parzellierungsvertrag. Uns fehlen einfach mehr öffentliche Grünflächen in diesem Bereich. Was weiters nicht vorgesehen ist, z.B. in der Wiesenerstraße ein Radweg. Es sind die Plätze so gut ausgenutzt worden, dass beim Spielplatz sogar der Damm abgegraben werden musste, hier wäre genügend Platz für Gartenparzellen gewesen.

Bürgermeister Laab: Es gibt Gespräche mit der Straßenmeisterei über die Gestaltung der Landesstraße, sodass dann genügend Grünflächen vorhanden sein werden.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	1 (Ihm Franz)
	GRÜNE	2
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	18
	ÖVP	10
	FPÖ+U	2
	GRÜNE	0

3.) Dienstbarkeitsvertrag EVN Netz GmbH. - Mitteldruckgasleitung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Für die Versorgung der Betriebe entlang der Gemeindestraße „Zum Wiesfeld“ wurde seitens der EVN eine neue Mitteldruckgasleitung errichtet, welche beginnend von der Fa. ISOVER unter anderem über die Gemeindegrundstücke Nr. 2101/2 und 2144/2, KG. Stockerau, verlegt wurde.

Diesbezüglich liegt ein Dienstbarkeitsvertrag von der EVN Netz GmbH. vor, welcher durch den Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau zu beschließen ist.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	18
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

4.) Resolution für mehr Sicherheit in der Gemeinde

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

RESOLUTION für mehr Sicherheit in der Gemeinde

Kriminalität, großes Verkehrsaufkommen in weiten Teilen NÖs und eine Vielzahl von neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit einem gesellschaftspolitischen Wandel prägt das Gesamtbild der niederösterreichischen Ballungszentren aber auch der ländlichen Region.

Die Statistik der Kriminalentwicklung der letzten Jahre in Niederösterreich zeigt, dass die Zahl der Delikte in vielen NÖ Gemeinden steigt und die Aufklärungsquote sinkt. Diese Negativentwicklung schreitet von Jahr zu Jahr weiter voran und ist ein Ende nicht abzusehen. In den letzten Jahren wurden in Niederösterreich zahlreiche Planstellen innerhalb der Polizeistruktur gestrichen, Personal abgebaut und nicht neu besetzt sowie zahlreiche Dienststellen geschlossen. Es fehlen daher bereits jetzt rund 500 PolizistInnen zur Dienstverrichtung in Niederösterreich.

Sowohl das subjektive als auch das objektive Sicherheitsgefühl der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher ist schwer beeinträchtigt. Das nicht nachvollziehbare Einsparen bei Dienstposten in Niederösterreich geht eindeutig zu Lasten der Bevölkerung.

Eine umfassende Bedarfsanalyse in Niederösterreich ist daher unumgänglich. Der Staat hat in der Republik Österreich für Sicherheit zu sorgen und sollten diese zentralen Aufgaben nicht von privaten Sicherheitsdiensten übernommen werden.

Aus all den oben erwähnten Gründen spricht sich der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau mit aller Entschiedenheit gegen die Schließung weiterer Polizeidienststellen und den Abbau von Planstellen innerhalb der Exekutive aus und fordert die NÖ Landesregierung auf, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheit in den NÖ Gemeinden zu gewährleisten, zu stärken und auszubauen, insbesondere mit der zuständigen BMI Maria Fekter unverzüglich Kontakt aufzunehmen. Weiters fordert der Gemeinderat der Stadtgemeinde Stockerau eine deutliche Aufstockung des Personals in den Dienststellen.

Gemeinderat Moll: Der Antrag wird von uns Unterstützt, denn alles was zur Erhöhung der Sicherheit dient, ist unterstützenswert. Es ist vielleicht der Umweg über das Land NÖ nicht optimal, weil für die Sicherheit andere Stellen zuständig sind, wie das Bundesministerium. Aber es steht in dem Antrag drinnen, man möge sich einsetzen umgehendst mit dem Bundesministerium Kontakt aufzunehmen.

Sie erinnern sich an den seinerzeit eingebrachten Antrag der FPÖ+U, wo es darum gegangen ist, den Polizeiposten in Stockerau während der Nachtstunden auch zu besetzen. Was ist aus dem Antrag eigentlich geworden?

Bürgermeister Laab: Wir haben eine höfliche, oberflächliche Antwort bekommen. Es gab keine diesbezügliche Zusage.

Stadtrat Straka: Warum man sich hier ans Land wendet, wenn Sicherheitsagenden Aufgaben des Bundes sind, warum man das nicht gleich an das Innenministerium schickt.

Bürgermeister Laab: Es besteht die Möglichkeit, dass es vielleicht mehr Wirkung zeigt, wenn es vom Land kommt.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Man weiß, die das Verhältnis zwischen ÖVP und SPÖ momentan im Land ist. Denke schon, dass die Initiative des SPÖ-Gemeindevertreterverbandes an das Land zu spielen, einiges an politischen Hintergrund hat und dass nicht die Sicherheit an erster Stelle steht. Es ist so in Stockerau, dass 30 Beamte vorgesehen sind, wir tatsächlich 34 haben. Es fehlt der Kommandant, das ist bekannt, weil Hr. Wally als Personalvertreter dienstfrei gestellt ist. Man kann annehmen, dass sich doch in nächster Zukunft durch die Pensionierung von Chefinspektor Kozler einige personelle Veränderungen ergeben werden. Es ist auch wahrscheinlich, dass die Stelle des Kommandanten in Stockerau doch auch wieder besetzt sein wird. Zur Kriminalstatistik, weil auch in diesem Antrag über die steigende Kriminalität die Rede ist. Es gibt keine Kriminalstatistiken für Gemeinden sondern nur für Bezirke. Im Bezirk schaut es so aus, dass die Delikte von Jänner bis Februar im Langzeitvergleich 2007 bis 2009, hier liegen wir zwischen 2007 und 2008, im Februar 2009 sind wir am Besten, und die Aufklärungsquote von Jänner bis Februar 2009 ist die Beste auch im Langzeitvergleich. Wir sind der Meinung, dass es niemanden nützt, wenn man die Arbeit der Polizei schlecht redet oder die Bevölkerung verunsichert. Der Ausdruck Bundespolizei ist heute auch schon einige Male gefallen, zuständig für die Polizeibeamten ist nicht die Innenministerin sondern der oberste Personalschef, der Bundes-SPÖ-Kanzler Faymann und die Bundesministerin Heinisch-Hosek. Aus diesem Grund würden wir dem SPÖ-Gemeindevertreterverband raten, zu ihrem Minister und Bundeskanzler zu gehen. Wir werden dieser Resolution nicht zustimmen.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	10
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0

Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	18
	ÖVP	0
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

5.) Löschungserklärung – ARBÖ NÖ

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der dem ARBÖ Auto-, Motor- und Radfahrerbund Österreichs, Landesorganisation NÖ zur Gänze gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11151 Unterzögersdorf, Einlagezahl 291 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 291 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Unterzögersdorf einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	18
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

6.) Löschungserklärung – Bauer Josef und Edith

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der dem Bauer Josef und der Bauer Edith je zur Hälfte gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 3698 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 3698 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	18
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

7.) Löschungserklärung – Korcsek Hertert und Silvia

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der dem Korcsek Herbert, geb. 24.03.1945 und der Korcsek Silvia, geb. 19.02.1959 je zur Hälfte gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 4789 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 4789 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	18
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

8.) Löschungserklärung – Neuwinger Christian und Monika

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Ob der dem Neuwinger Christian, geb. 15.10.1968, zu 2/6 und der Neuwinger Monika, geb. 23.01.1951, zu 4/6 gehörenden Liegenschaft im Grundbuch der Katastralgemeinde 11142 Stockerau, Einlagezahl 4823 ist unter CLNr. 1 a das Wiederkaufsrecht für die Stadtgemeinde Stockerau einverleibt.

Die Stadtgemeinde Stockerau, durch die gefertigten Vertreter, soll hiermit ihre ausdrückliche Einwilligung erteilen, dass ohne ihr ferneres Einvernehmen und nicht auf ihre Kosten die Löschung des Wiederkaufsrechtes ob der vorstehend näher erwähnten Liegenschaft Einlagezahl 4823 des Grundbuches über die Katastralgemeinde Stockerau einverleibt und alle darauf bezughabenden Anmerkungen gelöscht werden können.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	18
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

9.) Verleihung – Sportehrenzeichen in Gold an Huber Hedwig

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Ansuchens vom Schützenverein Stockerau sowie der dafür vorgesehenen Statuten wird vorgeschlagen, das

Sportehrenzeichen in Gold

an

Huber Hedwig

zu verleihen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	18
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

10.) Verleihung – Hilfedienstmedaille in Gold an Poly Sofali

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund der dafür vorgesehenen Statuten wird vorgeschlagen, die

Hilfedienstmedaille in Gold

an

Poly Sofali

zu verleihen.

Frau Poly Sofali ist die Begründerin der ARGE Hospiz.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	18
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

V. Anträge des Stadtrates

a) Finanz- und Liegenschaftsverwaltung

1.) Rechnungsabschluss 2008

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluss 2008 der Stadtgemeinde Stockerau einschl. der städtischen Leichenbestattung, der Hauptschulgemeinde, der Polytechnischen Schule, der Sonderschulgemeinde, des Staatsbürgerschaftsverbandes, des Standesamtsverbandes, ist in der Zeit vom 3. März 2009 bis einschließlich 17. März 2009 gemäß § 83 der NÖ Gemeindeordnung zur Einsicht durch die Gemeindemitglieder aufzulegen.

Der vorliegende Rechnungsabschluss weist lt. Gesamtübersicht auf den Seiten 1 - 4 für das Finanzjahr 2008 folgende Summen auf:

<u>ordentlicher Haushalt</u>	SOLL-Einnahmen	€ 41.195.227,03
	SOLL-Ausgaben	€ 36.917.699,11
<u>außerordentlicher Haushalt</u>	SOLL-Einnahmen	€ 68.870.876,03
	SOLL-Ausgaben	€ 67.776.775,33

Aufgrund dieser Summen ergibt sich für 2008 im OHH ein SOLL-Überschuss von € 4.277.527,92. Unter Berücksichtigung des vorgetragenen Fehlbetrages aus den Vorjahren in Höhe von € 5.253.410,67, ergibt sich ein SOLL-Fehlbetrag von € 975.882,75.

Der AO.HH weist 2008 einen SOLL-Überschuss in Höhe von € 1.094.100,70 aus, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorjahre errechnet sich ein SOLL-Fehlbetrag von € 7.743.108,94.

Im Detail ergeben sich im Ordentlichen Haushalt folgende Summen:

Den veranschlagten Einnahmen von	€ 41.270.200,00
stehen tatsächliche Einnahmen von	€ 41.195.227,08 gegenüber.
Dies bedeutet eine Unterschreitung von	€ 74.972,97
Ausgabenseitig wurden ebenfalls veranschlagt	€ 41.270.200,00
bei einem tatsächlichen Ergebnis von	€ 42.171.109,78
ergibt eine Überschreitung von	€ 900.909,78

Analysiert man die einzelnen Gruppen bzw. Abschnittsergebnisse – also jeweils die Abweichungen zum Voranschlag in Summe (Einnahmen abzügl. Ausgaben) ergeben sich

im ordentlichen Haushalt folgende Detailergebnisse:

- Gruppe 0: +37.840,02
Keine Personalkosten bei 0140 (43.800,--), Einsparung beim Einwohneramt (14.400,--) und bei den Pensionen (19.849,--), Höhere Kosten beim Zentralamt (15.088,--) und bei der Pressestelle (18.061,--)
- Gruppe 1: -15.750,--
Mehraufwand bei Treibstoffen und durch Zivildienstler bei der Feuerwehr
- Gruppe 2: +9.832,50
Nachforderung Hauptschulgemeinde lt. RA 07 (-22.648,--), Mindereinnahmen beim Eislaufplatz (-33.448,--) sowie Mehrausgaben bei Sportsubventionen (12.677,--). Durch geringere Zahlungen an die KIG weniger Ausgaben in den Bereichen Europakindergarten (44.513,--) und Sporthalle (49.226,--).
- Gruppe 3: -77.853,89
Mehrausgaben bei den Festspielen (-41.407,--) und beim Belvedereschlössl durch Aufzugreparatur (- 17.221,--)
- Gruppe 4: -272.976,71
Mindereinnahmen bei Erlösen aus Pflegegeld beim Pflegeheim (-359.767,--) und Ausgabeneinsparungen (97.250) sowie Mehrausgaben bei der Sozialhilfeumlage (-18.086,--)
- Gruppe 5: -321.209,33
Höherer Zinsaufwand bei den Krankenhausdarlehen durch verspäteten Zahlungseingang der Erlöse aus der KIG und damit verbunden die verspätete Rückführung der Darlehen in einem Zeitraum mit sehr hohem Zinsniveau (- 242.893,--) sowie Mehraufwand an Leasingraten ans Land (-78.633,--).
- Gruppe 6: -239.420,29
Höherer Zinsaufwand bei den Straßenbaudarlehen durch den verspäteten Eingang der KIG-Gelder (-78.911,--) sowie Rückgang der Einnahmen aus den Straßenstrafen und Mehraufwand bei der Überwachung der Kurzparkzonen Radarmessungen (-137.044,--) und Mehraufwand STOXI (-17.357,--)
- Gruppe 7: +5.445,61
- Gruppe 8: -255.684,45
Kosteneinsparung beim Winterdienst 2007/08 durch milden Winter (93.849,--) Mehraufwand Straßenbeleuchtung durch Erhöhung Stromkosten (-45.647,--) und Personalaufwand (-10.343,--)
Beim Freibad Mindereinnahmen bei den Eintrittsgeldern (-23.109,--) und beim Hallenbad ebenfalls höherer Zinsaufwand durch verspätete Rückführung des Darlehens (-43.841,--) und höhere Energiekosten (-16.123,--)
Im Bereich des Parkdecks schlagen sich höhere Leasingaufwendungen (-26.429,--) und der Umbau der Schrankenanlage (- 7.164,--) nieder.

Beim Grundbesitz ist die Überziehung auf eine nicht veranschlagte Darlehensrate (-15294,--) zurückzuführen.

Bei der Mülldeponie sind die Leistungserlöse von Gemeinden und sonstigen Unternehmungen rückläufig (-49.327,--)

Beim Z2000 Mindereinnahmen und Minderausgaben (-27.074,--)

Gruppe 9: +154.223,42

Im Bereich Geldverkehr sind die Zinsen und Geldverkehrsspesen gestiegen (-49.950,--) und bei den Rücklagen konnten die erwarteten Erträge aus den Wertpapieren nicht erzielt werden (-57.625,--)

Mehreinnahmen bei der Gewinnentnahme aus dem Bereich Kanal (65.700,--) sowie Mehreinnahmen bei den Ertragsanteilen nach dem Bev.Schl. und den Finanzzuweisung aus der Abschaffung der Selbstträgerschaft (214.808,--).

Personalkostenvergleich:

RA 2004:	9.005.559,00	Personalkostenzuschuss:	188.947,00
RA 2005:	9.376.620,00	Personalkostenzuschuss:	189.832,00
RA 2006:	9.879.615,76	Personalkostenzuschuss:	183.947,39
RA 2007:	10.499.013,04	Personalkostenzuschuss:	236.837,67
RA 2008:	10.658.077,71	Personalkostenzuschuss:	99.643,68

Zinsaufwand (inkl. Kassenkredit):

RA 2004:	1.156.516,00
RA 2005:	1.219.177,00
RA 2006:	1.479.536,50
RA 2007:	2.038.048,27
RA 2008:	2.887.775,79

Schulden

Der Schuldenstand weist per 31.12.2008 einen Stand von € 27.982.235,99 auf. Zu Beginn des Jahres hafteten € 53.846.882,92 aus.

Die Zugänge betragen 2008 € 5.045.178,06

Die Darlehenstilgungen betragen € 30.909.824,99 (davon 28.559.671,10 A.O. Tilgungen) und der Zinsendienst ist mit € 2.091.992,55 ausgewiesen.

Entwicklung des 6-Mon-EURIBORS:	1.1.	4,703 %
	30.6.	5,130 %
	31.12.	2,971 %

Die von der STRABAG AG an die Kommunalkredit Austria AG abgetretenen Forderungen betragen per 31.12.2008 € 1.357.243,50.

Investitionsbudget (A.O.Haushalt)

Im vorliegenden A.O. Rechnungsabschluss wurden Einnahmen in Höhe von € 68,870.876,03 und Ausgaben von € 67,776.775,33 getätigt. Der Solfehlbetrag beträgt € 7,743.108,94. In den Einnahmen sind Darlehensaufnahmen in Höhe von € 5,045.178,06 enthalten und zwar

Für den Bereich Gesundheitswesen	€ 1,162.719,49
Für den Bereich Grundbesitz	€ 1,782.037,54
Für den Bereich Wasserversorgung	€ 428.050,46
Für den Bereich Abwasserbeseitigung	€ 1,072.370,57
Für den Gesellschafterzuschuss an die KIG	€ 000.000,--

Im Vorhaben 9 – Abwicklung Gesundheitswesen – wurden die Restkosten aus dem Krankenanstaltenverband abgewickelt, hierfür war noch ein Darlehen in Höhe von € 630.000,- erforderlich. Damit wurde auch der offene Trägeranteil aus dem Jahre 2002 abgedeckt. Das Bestehende Darlehen des NÖGUS für den Betriebsabgang 2001 in Höhe von € 532.719,49 wurde in den Schuldendienst der Stadtgemeinde übernommen – Laufzeit bis 2012.

Im Vorhaben 20 – Grundbesitz – sind Darlehensaufnahmen von € 1,782.037,54 ausgewiesen. Mit diesem Geld wurden die restlichen Grundstücke in der Wiesenerstraße angekauft. Der Gesamtaufwand aus diesen Ankäufen (incl. Zinsen) sowie der Ankauf des Hauses Rathausplatz 15 wurde durch den KIG-Erlös abgedeckt und das gesamte Darlehen rückgeführt.

Vorhaben 72: Darin wurden alle Transaktion, die mit dem Verkauf der Immobilien an die Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs und Verwertungsges.m.b.H Stockerau im Zusammenhang stehen abgewickelt.

Der Erlös betrug insgesamt € 52,359.670,--

und wurde verwendet für:

- * die Tilgung von Darlehen in Höhe von € 23,870.276,43 (1,344.043,61 wurden von der KIG übernommen)
- * einen Gesellschafterzuschuss € 11,800.000,--
- * Zuführungen an den Ordentlichen Haush. € 5,752.914,16
- * Zuführungen an A.O.Vorhaben € 5,050.274,48 (davon 1,838.732,91 für Fehlbeträge u. 3,211.541,57 zur Finanzierung A.O.Vorhaben)
- * die Abdeckung der Kosten aus den Grundstücksankäufen Wiesenerstraße € 5,277,228,14 (Rückführung Darlehen)
- * Stammeinlage der KIG sowie Zinsen € 72.359,95
- * Bildung einer Rücklage € 536.616,84 (für Darlehen bei der Oberbank)

Vizebürgermeisterin Hermanek: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Einleitend möchte ich festhalten, dass im vorliegenden Rechnungsabschluss die Auswirkungen der Gründung der Kommunalen Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwer-

tungsgesellschaft nur bedingt enthalten sind, da es durch die mehr als dreimonatigen Verzögerung zu zusätzlichen Belastungen für das Rechnungsergebnis 2008 gekommen ist.

Bei einem Vergleich der Zahlen des Rechnungsabschlusses 2008 der Stadtgemeinde Stockerau mit dem Rechnungsergebnis 2007 zeigt sich bei den Einnahmen eine Steigerung von rund 21,9 % und bei den Ausgaben eine Steigerung von etwas über 4,8 %. Bei den Einnahmen muss man jedoch berücksichtigen, dass darin Rückführungen aus dem AO-Budget in Höhe von 5,7 Mio. enthalten sind- ohne dieser Transaktion würde sich eine Steigerung von 4,9% ergeben. Daraus ergibt sich für den Rechnungsabschluss 2008 im ordentlichen Haushalt ein Soll-Fehlbetrag von € 975.882,75.

Dieser ist überwiegend zurückzuführen auf den erheblichen Mehraufwand bei den Kreditzinsen (568.000,--) infolge der verspäteten Zahlung des Verkaufserlöses in Bezug auf die Aufgliederung in einer Periode mit dem höchsten Zinsniveau seit über 10 Jahren. Weiters kam es zu einem Anstieg der Energiekosten (160.000,--) und beim Pflegeheim zu einem zusätzlichen Abgang von 262.517,--.

Bei den größten laufenden Einnahmen die für die Stadtgemeinde besonders wichtig sind, den Ertragsanteilen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben und hier besonders bei den Ertragsanteilen nach dem Bevölkerungsschlüssel konnten gegenüber dem Rechnungsergebnis 2007 Mehreinnahmen in der Höhe von € 708.992,94 erzielt werden. Bei den gemeindeeigenen Abgaben, die die wichtigsten Einnahmen für die Stadtgemeinde darstellen, wurden Mehreinnahmen gegenüber dem Rechnungsabschluss 2007 in der Höhe von € 909.527,32 erzielt – darin enthalten die Kommunalsteuer mit Mehreinnahmen von € 356.772,11 und die Aufschließungskosten mit Mehreinnahmen von € 543.995,30 gegenüber dem Vorjahr. Bei der Kommunalsteuer ist es gelungen, durch Firmenneuanmeldungen die Einnahmen zu erhöhen. Wir werden auch in Zukunft alles daransetzen durch weitere Firmenansiedelungen hier zusätzliche Einnahmen zu lukrieren.

Betrachtet man die laufende Gebarung laut Rechnungsquerschnitt so sind die wichtigsten Einnahmen mit 32,5 % die Ertragsanteile (11,4 Mio), gefolgt von den eigenen Steuern mit 21,9 % (7,7 Mio) und den Gebühren mit 17,7 % (6,2 Mio.), sowie den Einnahmen aus Leistungen mit 15 % (5,2 Mio.) und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit mit 5,1 % (1,8 Mio).

Ausgabenseitig schlägt sich der Verwaltungs- und Betriebsaufwand mit 35,1 % (12 Mio), Leistungen für Personal mit 31,1 % (10,6 Mio), die lfd. Transferzahlungen mit 15,3 % (5,2 Mio) und der Zinsaufwand mit 8,4 % (2,9 Mio) nieder.

Aus diesen Zahlen des Rechnungsquerschnittes geht hervor, dass die Ausgaben der laufenden Gebarung in Höhe von 34,2 Mio., 54,4% nur durch die Ertragsanteile und die eigenen Steuern gedeckt werden.

Im Dienstleistungsbereich der Stadtgemeinde wurde sehr gute Arbeit geleistet und bis auf wenige Ausnahmen mit kostendeckenden Gebühren das Auslangen gefunden. Bei der Wasserversorgung und bei der Abwasserbeseitigung konnten wieder Gewinne in Höhe von € 766.913,27 entnommen werden Bei der Müllbeseitigung konnten die Einnahmen gesteigert und die Ausgaben zum größten Teil damit abgedeckt werden. Der Abgang bei der Mülldeponie ist unter anderem auf die weiter laufenden Refinanzierungskosten zurückzuführen, die in Zukunft auch über die Einnahmen der Abfallbeseitigung finanziert werden sollte, was sich natürlich auf die Müllgebühren niederschlägt.

Bei den Freizeiteinrichtungen der Stadtgemeinde stellt sich die Situation wie folgt dar:
Beim Veranstaltungszentrum 2000 konnte auch 2008 das Ziel, den Betriebsaufwand über die Einnahmen zu erwirtschaften fast erreicht werden, lässt man die Aufwendungen für die Leasingraten außer acht, die rund alleine rund 72% des Aufwandes ausmachen.
Bei der Mehrzweckhalle Alte Au konnten die Mieteinnahmen gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden und konnten somit die Betriebskosten erwirtschaftet werden. Diese Halle dient überwiegend zur sportlichen Nutzung durch Schulen und Vereinen. Es sollte hier ein Konzept erarbeitet werden, um diese Halle noch besser für sportliche Aktivitäten zu nutzen und damit die Sporthalle zu entlasten.

Finanzielle Sorgen bereiten nach wie vor die Abgänge beim Erholungszentrum und der Sporthalle. Bei der Sporthalle wurden die veranschlagten Ausgaben infolge der geringeren Zahlungen an die KIG um € 100.767,39 unterschritten und die Einnahmen konnten gegenüber dem Voranschlag mit € 51.541,26 nicht erreicht werden, da die Mieteinnahmen aus der Halle in den letzten Jahren stagnieren. Hier wird es notwendig sein, in der KIG Stockerau Maßnahmen zu setzen, um eine bessere Vermarktung dieser Anlage zu erzielen.

Beim Eislaufplatz blieben die Leistungserlöse gegenüber dem Rechnungsabschluss 2007 etwas zurück, bei den Ausgaben konnten die veranschlagten Zahlen fast eingehalten werden.

Beim Hallenbad konnten im vergangenen Jahr die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr gleichgehalten werden. Das zeigt von einer anhaltenden Attraktivität dieser Einrichtung. Der Mehraufwand bei den Ausgaben ist ausschließlich auf die höheren Energiepreise sowie einem gestiegenen Zinsaufwand zurückzuführen.

Beim Freibad konnten die Einnahmen gegenüber dem Voranschlag leider nicht erreicht werden. Hier ist es sehr schwer den richtigen Ansatz zu treffen, da man sehr stark von der jeweilig herrschenden Wetterlage abhängig ist. Gesamt betrug der Abgang bei diesen Freizeiteinrichtungen € 1,363.481,--. Dieser Aufwand stellt für die Finanzen der Stadtgemeinde immer eine große Belastung dar, sie ist jedoch wie ich meine für die Lebensqualität einer Gemeinde sehr wichtig.

Der Kultursektor ist eine der großen Aufgaben mit entsprechenden Ausgaben. Die Ausbildung in Musik und darstellender Kunst, also unsere Musik- und Ballettschule, erforderte einen Zuschuss von der Gemeinde in Höhe von € 190731,-- - im Vorjahr waren es noch 260.971,41. Derzeit werden die umfangreichen Umbau- und Adaptierungsarbeiten im Objekt Judithastraße durchgeführt. In diesem Haus soll in Zukunft die Musikschule untergebracht werden, sodass nicht nur eine Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten sondern auch eine Erweiterung des Ausbildungsangebotes ermöglicht wird. Durch die Nähe zu den Pflichtschulen wird es auch eine engere Kooperation mit in diesem Bereich geben, um den musikalischen Unterricht zu fördern.

Die Festspiele 2008 können als eine der erfolgreichsten Produktionen seit Bestehen in der mehr als 40 jährigen Geschichte der Stockerauer Festspiele angesehen werden. Bei Einnahmen von € 862.126,42 und Ausgaben von € 1,010.236,2 ist der Abgang von € 148.107,85 im veranschlagten Rahmen. Das zeigt, dass es richtig war bei der Stückwahl auf ein bekanntes Musical zurückzugreifen. Mit der Wiederaufnahme des Musicals „Ein Käfig voller Narren“ im heurigen Jahr sollte es möglich sein, die Produktionskosten zu senken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, die eben genannten Zahlen zeigen wie hoch der finanzielle Aufwand der Stadtgemeinde Stockerau für Sport und Kultur ist.

Doch ich bin überzeugt davon, dass trotz der vielen Diskussionen es richtig ist, diese Investitionen zu tätigen um hier unserer Bevölkerung Sport- und Freizeiteinrichtungen zur Verfügung stellen zu können, die für das kommunale Zusammenleben in einer Stadt unserer Größenordnung wichtig sind. Dies zeigt auch, das immer stärker werdende Interesse seinen Lebensmittelpunkt in unsere Stadt zu verlegen.

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass sehr viele Einrichtungen der Stadt von Vereinen und Organisationen kostenlos genutzt werden, wobei sämtliche Kosten des laufenden Betriebes und Instandhaltung von der Gemeinde zu bezahlen sind, die natürlich auch im Rechnungsabschluss ihren Niederschlag finden.

Wie schon in den vergangenen Jahren stellen auch beim Rechnungsabschluss 2008 die diversen Umlagen, die wir an das Land NÖ abführen, große Belastungen für das Budget dar. Die Sozialhilfeverbandsumlage auf Seite 52 betrug €1.570.998,41 (1.547.669,35 – 2007) und ist nur geringfügig um 1,5% gegenüber dem Rechnungsabschluss 2007 gestiegen. Die allgemeine Sozialhilfeumlage stieg um fast 44% und betrug 2008 € 189.137,90, die Jugendwohlfahrt mit € 207.676,42 ist fast gleich geblieben und der Berufschulbeitrag an den gewerblichen Berufschulrat stieg von € 151.235,-- auf € 169.400. In Summe ergeben diese Transferzahlungen € 2.137.212,73 (2007 waren es 2038.227,86 und 2006 1.995.130,83). Somit betragen die Steigerungen von 2006 auf 2007 2,1% und von 2007 auf 2008 4,85%. Zum Berufschulbeitrag gibt es noch die zusätzliche Leistung der Gemeinde für die Lehrlingsausbildung in Form des Kostenersatzes der Kommunalsteuer für Lehrlinge im ersten Lehrjahr in Summe € 8.538,85. Die Ausbildung von 9 Lehrlingen bei der Stadtgemeinde bildet unseren Beitrag, Jugendlichen eine Möglichkeit zur Berufsausbildung zu geben. Insgesamt werden in den berufsbildenden Schulen in Stockerau 2.762 Jugendliche ausgebildet.

Das Pflegeheim der Stadt Stockerau ist einer der Faktoren und Ursache für den Abgang im Rechnungsabschluss 2008. Hier mussten Mindereinnahmen im Vergleich mit dem Voranschlag in der Höhe von € 359.767,46 zur Kenntnis genommen werden, die aufgrund der nicht erfolgten Erhöhung des Pflegegeldes zurückzuführen sind. Berücksichtigt man die Ausgabeneinsparungen verbleibt eine Abweichung zum VA von €262.517,--. Dieser Abgang hat nichts mit der Qualität der ausgezeichneten Arbeit, die im Bereich der Pflege, wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht in diesem Haus geleistet wird, zu tun. Dies zeigt auch die sehr gute Auslastung dieser Einrichtung.

Die Finanzierung des Gesundheitswesens schlägt sich 2008 mit insgesamt € 4.817.529,01 zu buche. Darin enthalten sind die NÖKAS-Umlage und der Standortbeitrag in Höhe von € 2.523.824,13 .

Im Zuge der Ausgliederung von Immobilien an die KIG und den damit verbundenen Erlös wurde ein Großteil der Fremdfinanzierungen – knapp 12,1 Mio - für diesen Bereich rückbezahlt. Für das Gesundheitswesen haften daher per 31.12.2008 noch Darlehen in Höhe von € 5,3 Mio. aus – darin enthalten ist u. a. auch die KRAZAF-Forderung mit einem Betrag von € 2.524.800. Die jährlichen Leasingaufwendungen für die sich im Eigentum des Landes NÖ befindlichen Gebäude betragen rund € 700.000,--.

Der Fremdenverkehr wurde mit € 107.752,62 unterstützt und an Wirtschaftsförderung wurde im abgelaufenen Jahr € 102.301,77 ausgegeben. Das Stadtmarketing wurde mit € 60.000,-- subventioniert.

Das außerordentliche Budget ist vor allem durch die Ausgliederung von Immobilien in die Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft Stockerau geprägt. Die Abwicklung ist im Vorhaben 72 dargestellt. Vom Gesamterlös in Höhe von rd. 52,3 Mio. wurden ca. 29,1 Mio. zur Darlehensrückführung verwendet, 11,8 Mio. der Gesellschafterzuschuss eingebracht, 5,7 Mio. wurde dem ordentlichen Haushalt zugeführt und damit die Fehlbeträge abgedeckt, 5 Mio. wurden dem A.O. Vorhaben zugeführt, um entweder die Fehlbeträge bei den Wohn- und Geschäftsgebäuden abzudecken oder A.O. Vorhaben zu finanzieren (statt Darlehensaufnahme). 72.000,-- wurde für die Stammeinlage in die KIG und Zinsen verwendet und der Betrag von 536.616,-- wurde veranlagt.

Im Vorhaben 9 wurden die restlichen Kosten für den Gesundheitsbereich dargestellt.

Hier mussten 2008 noch Restkosten an den Krankenanstaltenverband in Höhe von ca. 1,4 Mio. bezahlt werden und der offene Abgang aus dem Jahre 2002 bei der Sparkasse Korneuburg abgedeckt.

Die Gesamteinnahmen betragen 68.885.401,91 diesen stehen Gesamtausgaben in Höhe von 76.628.510,85 gegenüber – der Fehlbetrag wurde wieder reduziert und betrug 7.743.108,94.

Der Schuldenstand betrug mit Ende Dezember 2008 € 27.982.235,99 gegenüber € 53.846.882,92 im Jahr 2007. Die Gesamttilgung betrug im abgelaufenen Jahr 30.909.824,99. Von dieser Summe wurden 29,1 Mio. für die Ausfinanzierung von Darlehen verwendet (aus KIG Erlös). Der gesamte Zinsaufwand inkl. Betriebskonto betrug 2.887.776,-- und war durch ein extrem hohes Zinsniveau in der 2. Jahreshälfte und durch die verspätete Zahlung der KIG-Gelder geprägt.

Die Deckung des Schuldenstandes durch Gebühren, Mieten und Abgaben beträgt 77,73 %, im Rechnungsabschluss 2007 waren es 42,96 % bedingt durch die hohen Darlehen im Gesundheitswesen.

Von den oben ausgewiesenen Gesamtschulden sind dem öffentlichen Sektor € 6.230.441 zuzurechnen (Maastricht-Schulden). Die Schulden der marktbestimmten Gemeindebetriebe, also keine „Maastricht-Schulden“, betragen daher € 21.751.795. Im Gesamtschuldendienst sind zinslose Darlehen, wie z. B. vom Schul- u. Kindergartenfonds in Höhe von € 1.032.712,60 enthalten.

Die Prokopfverschuldung auf Basis des bereits erwähnten Schuldenstandes beträgt für das Jahr 2008 € 1.936,22 gegenüber € 3.725,91 Ende 2007. Dieser Verschuldungsgrad hat sich durch die bereits angeführten AO-Tilgungen beträchtlich verringert.

Bei den eingegangenen Leasingverpflichtungen beträgt das Restkapital per 31.12.2008 € 29.873.190 – darin enthalten sind auch die Leasingbeträge für das Krankenhaus in Höhe von € 5.163.638,01, welche wir trotz Landesübernahme weiterhin zu begleichen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Mit der im Jahre 2008 durchgeführten Gründung der KIG Stockerau wurde eine der größten budgetpolitischen Maßnahmen umgesetzt. Aus den insgesamt 54 in die Tochtergesellschaft übertragenen Immobilien wurde, wie bereits erwähnt, ein Erlös von 52,3 Mio. erzielt.

Obwohl der Schuldenstand beträchtlich reduziert werden konnte und dadurch die jährlichen Belastungen aus den Annuitäten wegfallen, muss der eingeschlagene Sparkurs unbedingt eingehalten werden um ausgeglichene Rechnungsabschlüsse erstellen zu können. Investitionen und Verbesserungen werden zwar über die KIG durchgeführt, die Stadtgemeinde Stockerau hat jedoch an diese Tochtergesellschaft wieder Mieten und Zuschüsse zu leisten.

Ausgaben wie die Sozialhilfeverbandsumlage und dergleichen sind weiter gestiegen. Diese Steigerungen können seitens der Stadtgemeinde kaum beeinflusst werden, da es sich überwiegend um Kosten handelt, die uns von Bund und Land übertragen werden. Der Personalkostenanteil der laufenden Ausgaben von 31,1 % ist gegenüber dem Vorjahr geringfügig zurückgegangen und soll trotz der immer größer werdenden Anforderungen nicht angehoben werden und nur notwendige Personalaufnahmen durchgeführt werden.

Meine Damen und Herren!

Ich darf mich abschließend bei allen, die an der Erstellung der Rechnungsabschlusses 2008 beteiligt waren, recht herzlich bedanken, besonders bei Herrn Bürgermeister Laab und Herrn Buchhaltungsdirektor Zimmermann. Mein besonderer Dank gilt auch den Gemeindegürgern der Stadt als Gebühren- und Steuerzahler sowie den Gemeindebediensteten für Ihre Tätigkeit. Ich darf Sie ersuchen, die Überziehungen gemäß dem Gemeinderatsbeschluss aus 1988, welche dem Amtsbericht beiliegen, als erläutert zu betrachten und ohne weitere Verlesung zu genehmigen.

Antrag:

Der Rechnungsabschluss 2008 der Stadtgemeinde Stockerau einschließlich der städtischen Leichenbestattung sowie der Erläuterungen der Überziehungen wird genehmigt.

Die Jahresrechnung der Hauptschulgemeinde
der Polytechnischen Schule Stockerau
der Sonderschulgemeinde Stockerau
des Staatsbürgerschaftsverbandes Stockerau
sowie des Standesamtsverbandes

wurden bereits von den zuständigen Organen genehmigt und werden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

Stadtrat Huemer: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Vizebürgermeisterinnen, hoher Gemeinderat!

2008 war das zweite ganze Finanzjahr unter Bürgermeister Laab. Aber auch in diesem Jahr wurde der Voranschlag 2008 zu optimistisch budgetiert und mit dem Rechnungsabschluss 2008 nicht erreicht wird. Ich hoffe, dass das für den Voranschlag 2009 nicht zutrifft.

Ich versuche heute eine einfache Gegenüberstellung von Einnahmen- und Ausgabenposten in unserem Budget.

Vorher noch eine Aufzählung der größten Einnahmeposten von ausschließlichen Gemeindeabgaben.

- Kommunalsteuer
- Grundsteuer
- Interessentenbeiträge von Grundstückseigentümern

Diese zusammen betragen ca. € 6,6 Mio., d.s. ca. 90% der ausschließlichen Gemeindeginnahmen.

Dem gegenüber möchte ich die größten Abgänge stellen und zwar

- Krankenhaus
- Z-2000 und Parkdeck
- Park- und Gartenanlagen
- Frei und Hallenbad und Eislaufplatz
- Zinsen (gegenüber 2004 – Steigerung um 350%)
- Straßenreinigung und Beleuchtung.

Diese Posten können wir mit den ausschließlichen Gemeindeabgaben decken.

Dass da noch viele andere Ausgaben in einer Kommune zu tätigen sind, versteht sich von selbst.

Wir können nicht aktiv werden bei den Bundesertragsanteilen, die übrigens 2008 wieder gestiegen sind, aber wir können aktiv werden, bei den Betriebsansiedlungen. Dies wurde auch von Vizebürgermeisterin Hermanek erwähnt "alles daran zu setzten" und damit über die Kommunalsteuer Einnahmen lukrieren.

Und weil gesagt wurde "alles daran setzten", gehört für mich auch wie in den Vorjahren eine Person gefordert, die sich aktiv und professionell mit Betriebsansiedlungen beschäftigen muss.

Aber wir haben nicht nur zusätzliche Einnahmen sondern auch über zusätzliche Einsparungen nachzudenken und in diesem Sinne zu handeln.

Es kann nicht sein, dass man bei +10 Grad Celsius das Freibad, nur weil üblich, am 1. Mai aufsperrt und bei gleicher Temperatur, nämlich + 10 Grad den Eislaufplatz noch offen hält, obwohl keine kühleren Temperaturen in der Wettervorhersage angekündigt sind, sowieso kaum jemand mehr kommt und in einer Woche ohnehin geschlossen wird.

Wenn man schon aus Rücksicht auf das Personal in diesen festgesetzten Terminen festhält, so könnte man zumindest bei den Betriebskosten einiges sparen. Für das Personal findet man sicherlich auch andere Aufgaben. An Strom- und Wärmekosten sind sicherlich je nach Wetter zwischen 5 und 10% Einsparungen möglich.

Wenn man überlegt, wie viel Geld man auf diese Weise sparen kann, dann rede ich von ca. € 4.000,-- bis € 6.000,--.

Dies sind nur 20 bis 40 Cent für jeden Stockerauer, nicht viel, aber viele solche kleinen Beträge würden das Budget enorm entlasten ohne Lebensqualität zu verringern.

Das letzte Rechnungsjahr hat bewiesen, dass ohne professionelle Hilfe diese Einsparungen nicht gelingen, daher schlage ich erneut vor, einen Controller zu beschäftigen, der diese kleinen Beträge, die sich dann summieren, aufspüren kann.

Auch an unserer Kommune wird die Wirtschaftskrise nicht spurlos vorbei gehen und je früher wir Maßnahmen in die richtige Richtung ergreifen, desto weniger Sorgen werden wir in Zukunft haben.

Ein Dankeschön an alle, die an der Erstellung dieses Rechnungsabschlusses 2008 mitgewirkt haben, vor allem Buchhaltungsdirektor Zimmermann.

Gemeinderat Ihm Franz: Meine Damen und Herren des Gemeindrates, Herr Bürgermeister, beide Vizebürgermeisterinnen!

Ich habe mir die Mühe gemacht und einige Zahlen verglichen vom Rechnungsabschluss 2007 und 2008. Die Entwicklung ist an sich so, dass wir sowohl mit dem Voranschlag, was mich sehr wundert, fast ziemlich genau auf die tatsächlichen Zahlen in der Endsumme gekommen sind. Das war natürlich gravierend zu Buche schlägt, dass wir bei den Ausgaben ein bisschen zu optimistisch waren. Wir haben leider etwas mehr ausgegeben als veranschlagt. Die Einnahmen sind leider nicht ganz so geflossen. Bei unserem riesigen Budget machen auch die kleinen Prozentpunkte noch beträchtliche Beträge aus. An denen nagen wir, die müssen wir aufnehmen und bei der derzeitigen Zinslage ist das alles andere als angenehm.

Ein Punkt ist mein beliebtes Stoxi. Hier gibt es erstens einmal eine größere Differenz zwischen den SOLL-Einnahmen und den IST-Einnahmen. D.h. die uns versprochenen Gelder fließen offenbar nicht so richtig wie wir angenommen haben. Dass das Stoxi immer mehr angenommen wird, ist einesteils ein Zeichen, dass die Bevölkerung mobil sein will. Ob es die Zwecke so erreicht wie wir uns das vorgestellt haben, sei etwas Anderes. Das was mich aber erschreckt, ist praktisch der Fehlbetrag. Der entsteht aus dem Betrieb des Stoxi und unserem Beschluss und unserer damaligen Initiative das mit € 30.000,- zu decken, weit illusorisch gemacht hat. Der Zuschuss seitens der Gemeinde ist weit, weit höher als wie die € 30.000,-.

Frau Vizebürgermeisterin hat es bereits gesagt, bei den Einnahmen, Steuern, Ertragsanteilen etc. haben sich doch ganz schöne Zuwächse ergeben. Das wird uns wahrscheinlich im heurigen Jahr nicht mehr so gelingen, wenn die wirtschaftliche Situation weiter so anhält, werden wir sicher Abstriche machen müssen. Es ist zu hoffen, dass wir trotzdem noch halbwegs über die Runden kommen.

Ein Punkt, der uns von der FPÖ+U immer wieder unter den Nägeln brennt, sind die Festspiele. Die Leistungserlöse waren erwartungsgemäß hoch, haben auch die Voranschläge ziemlich genau getroffen. Die Ausgaben sind leider wieder etwas höher ausgefallen. Auch hier das gleiche, wir haben ein Defizit von € 290.000,-. Wie lange wir uns das in dieser Höhe noch leisten können, das möchte ich dahingestellt lassen.

Beim Pflegeheim sieht man ganz deutlich, wie einzelne Zahlen total aus dem Ruder laufen können, wie mit dem Pflegegeld. Auf der anderen Seite muss ich sagen, dass die Einnahmen von 2007 auf 2008 leicht gestiegen sind, allerdings leider auch die Ausgaben. In Summe für das Pflegeheim gar nicht so erschreckende Steigerungen und Verluste angewachsen sind.

Im Endeffekt zeigt sich wie bei all den Dingen, wir müssen sparen, wo es nur geht. Auch die kleinen Beträge sind notwendig, daher auch, wenn es politisch vielleicht in die falsche Kehle gekommen ist, der Antrag, unsere Bezüge doch einzufrieren auf dem derzeitigen Niveau bis zur nächsten Indexsteigerung der Bürgermeistergehälter, was ein Leichtes gewesen wäre. Wir haben die Forderung nach dem Benchmarking, wir haben die Forderung nach dem Controller, wir werden diese Dinge umsetzen müssen, auch wenn sie uns etwas kosten werden. Und ob wir jetzt im großen Stil mit dem KDZ Untersuchungen machen oder uns bemühen doch Vergleichszahlen auf andere Weise zu beschaffen, es wird uns nichts übrig bleiben, doch unsere Verwaltung generell zu durchleuchten und mit anderen Verwaltungen zu vergleichen, um so Sparpotentiale heraus zu bekommen. Das ist unbedingt notwendig. Im Endeffekt möchte ich sagen, wir haben zwar den Voranschlag abgelehnt, weil er für uns zu optimistisch ist. Die Wirklichkeit hat uns wieder auf den Boden geholt. Dass es bei den Volumen problematisch ist, sieht man ja, wenn man die Endsummen vergleicht, wie wenige Prozentpunkte Schwan-

kung einen riesigen Betrag ergeben, der uns dann auf den Kopf fällt. Dem Rechnungsabschluss, nachdem er rein ein buchhalterisches Werk ist, können wir nur dem Bürgermeister, dem Buchhaltungsdirektor Zimmermann gratulieren, dass sie wieder alles so hinbekommen haben. Dem werden wir zustimmen.

Stadtrat Antl: Geschätzte Damen und Herren des Stadt- und Gemeinderates!

Der Rechnungsabschluss 2008 wurde exakt und genau erstellt. Ich muss sagen, alle Jahre zuvor, wobei die Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit aus diesem Abschluss durchaus heraus gelesen werden kann. Mein Dank gilt natürlich unserem Buchhaltungsdirektor Zimmermann und all jenen MitarbeiterInnen, die an diesem Werk mitgearbeitet haben. Die SPÖ-Fraktion wird diesem Rechnungsabschluss die Zustimmung erteilen.

Stadtrat Bolek: Ich habe mir den Rechnungsabschluss ein bisschen angeschaut, und zwar unter einem ganz einfachen Gesichtspunkt der operativen Betriebsleistung, jenes Teiles, der die reine Verwaltung, die hoheitliche Tätigkeit betrifft. Das ist die blaue Seite 7 links. Die ganz rechte Spalte Summe ohne A85 bis 89. Diese Spalte zeigt sozusagen die Einnahmenseite der Verwaltung und auch gleichzeitig in der unteren Hälfte die Ausgabenseite, wobei meine Analyse hier ergeben hat im Vergleich zum Vorjahr, dass wir Mehrkosten im Bereich der hoheitlichen Verwaltung von 8,5% hatten. Jetzt meine Frage – haben wir 8,5% mehr geleistet in der hoheitlichen Verwaltung? 2,3% wären gerechtfertigt, weil das ist die allgemeine Inflationsrate, d.h. gleiche Leistung kostet 2,3% mehr im Jahr 2008. Im Detail interessanterweise bei den Personalkosten liegen wir genau bei der Inflationsrate oder im Schwankungsbereich von 2,4%, d.h. unser Personal hat uns nicht mehr gekostet, abzüglich Inflation natürlich. In Effektivzahlen haben wir keine gesteigerten Personalkosten, was grundsätzlich sehr lobenswert ist. Wir haben enorme Steigerungen bei den Zinsen, und zwar 56% für höheren Zinsaufwand, wobei das in Absolutziffern trotzdem noch nicht die 8,5% Gesamtsteigerung rechtfertigt. Eine extreme Position, die sich mit 13% Steigerung niederschlägt und auch eine hohe Volumensposition hat, ist die Position 24 "Verwaltungs- und Betriebsaufwand". Diese Position ist auf € 7,66 Mio = 13% Mehrausgaben im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Da habe ich schon die Frage, warum haben wir den Verwaltungs- und Betriebsaufwand um 13% gesteigert? Das scheint mir nicht erklärbar, vor allem nicht begründbar. Erklärbar wird es wohl sein im Ziffernwerk. Das Prinzip der Sparsamkeit, zu dem wir uns mit dem KDZ bereits im Jahr 2007 vereinbarten, scheint hier nicht Eingang gefunden zu haben. Wir haben im Bereich der Pensionen und sonstigen Ruhebezügen 7,6% Steigerung, das wird vermutlich nicht abwendbar sein, weil einfach auch die Pensionsspirale auf uns durchschlägt. Wie gesagt, diese Position, die hier etwa € 1 Mio Erhöhung ausmacht, schämt mir erklärungsbedürftig und kann im Endeffekt vom Ergebnis her nur durch die sehr guten Ertragsanteile und eigenen Steuern wettgemacht werden. Im Prinzip die Effizienz und Leistungsfähigkeit der hoheitlichen Verwaltung, zumindest gemäß diesem Zahlenwerk, ist drastisch zurück gegangen, obwohl wir eigentlich genau den umgekehrten Weg erreichen wollten. Mitte 2007 haben wir begonnen damit, d.h. 2008 sollte man Ergebnisse sehen. Ein Betrieb, der Verbesserungsmaßnahmen ernsthaft einleitet, sieht sie ein halbes Jahr später in den Bilanzen, in den monatlichen, vierteljährlichen, halbjährlichen und im Rechnungsabschluss. Wir haben, wie gesagt, 8,5% teurer produziert als im Jahr 2007. Zu all anderen Dingen möchte ich sagen, dass wir sehen, dass die KIG-Entscheidung gut war, dass sich also hier beim Zinsaufwand nächstes Jahr eine deutliche Verbesserung zeigen wird. Wo ich eine Erhöhung bereits jetzt sehe, ist der Bereich der Be-

zügen der gewählten Organe. Dort werden wir 16,7% mehr stehen haben im nächsten Jahr = ca. € 40.000,--. Das wurde heute sozusagen beschlossen bzw. es wurde nicht beschlossen, dass wir die € 40.000,-- einsparen wollen. Das wäre z.B. der gewünschte Kontroller, d.h. wir könnten zusammenlegen und uns den Kontroller leisten mit diesen € 40.000,--.

Gemeinderat Moll: Sehr geehrte Damen und Herren!

Mein Vorredner hat schon angedeutet, dass nicht alles Eitel, Sonne, Wonne ist, weil wir uns die Verschuldung anschauen und miteinbeziehen. Die Haftungen, die die Stadtgemeinde übernommen hat, dann die € 13 Mio. negativen Kontosaldo per 31. Jänner und die Leasingverpflichtungen kommen wir auf eine satte Verschuldung von € 126,232 Mio. € 126 Mio. sind wohl eindrucksvoll genug. Das bestätigt nur, dass wir 1., wie schon gesagt, keinen Tag zu früh die Auslagerung unserer Kommunalbesitze an die KIG getan haben. Zinseffekt wird erst in diesem Jahr erst eintreten, aber das bestätigt auch 2., dass wir sämtliche Maßnahmen, die vom KDZ uns empfohlen wurden, auch umsetzen müssen. Es hilft uns nichts, wenn wir eine Studie in Auftrag geben, die zu eindeutigen Ergebnissen kommt und wir setzen sie nicht um. Daher poche ich, dass das auch gemacht wird, wie z.B. festgestellt wird durch einen Benchmarking-Vergleich, dass Personaleinsparungen längerfristig notwendig sind. Es wird gesagt, dass diese Einsparungen durch natürlichen Abgang möglich sein werden, aber die Organisation muss sich natürlich darauf einstellen, dass gewisses Arbeitspensum mit weniger Personal durchzuführen ist. In diesen Zwischenberichten des KDZ wird auch schon darauf hingewiesen, dass so rasch als nur möglich, jedenfalls aber mit Beginn des Jahres 2009 verschiedene Organisationsmaßnahmen umgesetzt werden sollen. Eine Frage ist daher – ist hier schon etwas passiert, insbesondere beim Bauamt in Kombination mit der Immobilienverwaltung. 2. sollte im ersten Quartal 2009, und das ist in wenigen Tagen zu Ende, auch das Wasserwerk hier in diese Reorganisation miteingebunden werden. Wie gesagt, diese empfohlenen Maßnahmen sind meines Erachtens unumgänglich und irgendwann einmal doch die Finanzlage der Stadt in eine positive Richtung bringt. Also bleiben wir dabei, dass wir uns dem KDZ bedienen und vor allen aber, dass wir deren Empfehlungen auch wirklich ernsthaft umsetzen.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Es ist schon sehr viel zum Rechnungsabschluss gesagt worden. Es ist auch schon mehrmals gesagt worden, dass ist nicht alles eitel Wonne bei dem Rechnungsabschluss ist. Die Bundesertragsanteile sind weiter steigend, sind über € 700.000,-- mehr als 2007. Wir haben unsere Immobilien ausgegliedert, wir haben eine Reihe von Krediten getilgt, wir haben zusätzlich auch noch diese € 12 Mio. eingebracht zur Kredittilgung. Es ist uns aber trotzdem nicht gelungen, einen ausgeglichenen Rechnungsabschluss zusammen zu bringen. Jetzt fragt man sich natürlich schon, wer hat das alles geschluckt, war ein Großteil doch noch das Krankenhaus, was uns nach wie vor fehlt und wir haben dies schon mehrmals eingefordert. Der Krankenanstaltenverband ist aufgelöst, es wäre durchaus sehr informativ und notwendig für alle Mitglieder des Gemeinderates eine Endgültige Abrechnung für das Krankenhaus zu bekommen, um den Überblick zu haben und sich nicht alles einzeln heraus suchen zu müssen. Wir haben heuer schwerpunktmäßig einige Punkte heraus gegriffen, wir haben eine starke Steigerung bei den Kreditzinsen gehabt. Das sind Dinge, die man nicht unbedingt voraus berechnen kann, mit denen man aber rechnen muss. In diesem Fall ist, glaube ich schon, bei unseren Krediten die praktizierte Vorgangsweise, speziell jetzt bei den Straßen Kredite aufzunehmen, aber erst viel später zu beginnen mit der Tilgung. Das hat sich natürlich bei den steigenden Kreditzinsen ausgewirkt und alleine bei den Gemeindestraßen haben wir

im Vergleich zum Vorjahr € 87.000,-- mehr an Zinsen zu bezahlen. Das ist ein Drittel der Steigerung der Kreditzinsen überhaupt von 2007 bis 2008.

Auch z.B. bei der Wärme – Fernwärme – das haben wir beim letzten Mal schon festgestellt, gibt es eklatante Steigerungen, teilweise bei den Kindergärten, beim Hallenbad, beim Schafarikkindergarten eine Verdreifachung, beim Kulturzentrum eine Verdreifachung gegenüber dem, was uns das Gas gekostet hat, beim Hallenbad eine Verdoppelung. Es ist davon auszugehen, dass es tatsächlich so ist, wie ich voriges Jahr von der EVN die Auskunft bekommen habe, dass wir den Leitungsbau mitfinanzieren. Dass ist auch wieder so, wir ziehen das hinaus über lange Zeit und glauben, dass es dadurch besser wird. In Wirklichkeit bleiben uns diese Ausgaben nicht erspart.

Ein wirklicher Sparwille ist für uns nur sehr schwach erkennbar. Nur z.B. an einem kleinen Beispiel – die Druckwerke. Ich kann mich noch gut erinnern, dass ist schon einige Jahre her unter Bürgermeister Richentzky, dass wir umgestellt haben auf die neue Stadtzeitung, und ich die Bedenken geäußert habe, dass wir einiges an Mehrkosten haben werden. Da hat er zu mir gesagt, ich solle mir keine Sorgen machen, weil die Annoncen werden locker das herein bringen, was uns die Zeitung kostet. Wir haben heuer im Vergleich 2007 € 9.000,-- Mehrausgaben und € 900,-- Mehreinnahmen. Vom Sparwillen her wäre es besser, nicht ein paar Seiten mehr zu machen, wenn die Einnahmen nicht dementsprechend sind. Wie gesagt nur ein kleines Beispiel aber immerhin.

Wirksame Strukturreformen kann man aus diesem Rechnungsabschluss nicht heraus lesen. Wir haben immer im Zusammenhang mit der Ausgliederung gefordert, dass Strukturmaßnahmen einher gehen müssen. Wir fühlen uns da schon in unserem Vertrauen ein bisschen betrogen. Unsere Forderung nach Controlling ist aufrecht, denn wenn Maßnahmen gelenkt und geführt werden, werden sie auch erfolgversprechend sein. Wir hoffen sehr, dass sich auch die SPÖ dazu bekennen werden.

Aufgrund aller Ausführungen, die wir bisher gegeben haben, wir die ÖVP dem Rechnungsabschluss keine Zustimmung geben.

GR Krislaty nimmt an der Sitzung teil (19:50).

Bürgermeister Laab: Es ist sehr schwer zu budgetieren, beim Freibad festlegen kann, welche Wetterverhältnisse sind und es ist auch genauso schwierig zu sagen, es wird gesperrt oder es bleibt noch offen.

Grundsätzlich möchte ich sagen, die Einsparungen, die hier angeführt werden, und dann der Kontroller gefordert wird, ist schon erstaunlich, unter welchen Beträgen hier man glaubt, einen Kontroller zu installieren, wie wir ihn im Dienstpostenplan aufgenommen haben, ist die Kritik gekommen, dass man kaum um dieses Geld einen bekommen wird. Jetzt ist es plötzlich doch möglich.

Beim Stoxi ist es so, dass es im Voranschlag mehr oder weniger beinhaltet die Zahlungen erfolgen und die Förderungen erst 2009 kommen und somit 2008 noch nicht wirksam sind. Wir haben fast 18.700 Aufträge im Jahr. Je mehr Aufträge, desto mehr Fahrten, desto mehr Aufwand.

Festspiele – es ist mir nicht ganz klar, wie man auf die € 290.000,-- kommt. Wie schon erwähnt, diese € 148.000,-- Produktionskosten kann man nachvollziehen. Vom Vergleich mit anderen Gemeinden bin ich nicht überzeugt, ob man reelle Vergleichswerte bekommen kann. Es schlagen sich auch die Mieten an die KIG nieder, die wir im Vorjahr nicht hatten.

Schulden – man sollte nicht unerwähnt lassen, dass damit auch etwas zur Verbesserung für Stockerau geschaffen wurde.

KDZ, Bauamt – nächste Woche werden die ersten Gespräche geführt.

Gemeinderat Baumgartner: Wir haben sehr vergangenheitsbezogen diskutiert. Es wurden einige Punkte angeprangert, Kostensteigerungen, Sie, Herr Bürgermeister haben die Verteidigungshaltung eingenommen, dass es da und dort keine anderen Möglichkeiten gibt. Was mir aber wahnsinnig abgegangen ist, ist die Zukunftskomponente. Was ist mit dem KDZ, wo wir stundenlange Sitzungen abgehalten haben, habe ich den Eindruck, dass da nichts weitergeht. Was haben wir für 2009 vor, die Ertragsanteile werden sicherlich nicht mehr so sprudeln, dass es ein besseres Jahr wird. Wir haben es heuer geschafft bei optimalen Rahmenbedingungen, ein negatives Ergebnis zu erzielen. Wir haben die KIG als Möglichkeit gehabt, dass man sehr viel Geld herein bekommt. Wir haben kein Krankenhaus mehr, die Ertragsanteile sind gesprudelt und trotzdem haben wir ein negatives Ergebnis in einem erheblichen Umfang.

Bürgermeister Laab: Es muss Ihnen schon klar sein, dass wir hier über den Rechnungsabschluss 2008 sprechen. Der Rechnungsabschluss 2008 beinhaltet das vergangene Jahr. Und dass man dabei von der Vergangenheit spricht, ist für mich klar. Eine Voranschlagsdiskussion wäre etwas anderes. Die Zinsen haben eine Höhe erreicht, was in den letzten 10 Jahren nicht war. Dass sich die Verzögerung von Juni auf Oktober bei der KIG sich bemerkbar gemacht hat, dass Mehrkosten entstanden sind, die nicht so gesehen werden konnten. Wir sind angehalten zu sparen und werden auch alle Sparmaßnahmen, die möglich sind, durchführen. Die Kommunen sind die größten Auftraggeber für die Wirtschaft.

Gemeinderat Ihm Franz: Wollte meine Zahl zu den Festspielen korrigieren. Beim Posten 325 sind es nicht die € 290.000,-- sondern € 190.000,--

Bürgermeister Laab: Diese Zahl kann ich nachvollziehen.

Stadtrat Bolek: Für mich ist aber nicht klar, warum wir um 8,5% teurer produziert haben, weil die KIG-Mieten, die wir bezahlen, kompensiert sich ja mit den nicht mehr zu bezahlenden Zinsen. Denn ab dem Zeitpunkt, wo es mir nicht mehr gehört, zahle ich auch keine Zinsen. Die KIG hat auf unsere 8,5% Kostensteigerung im operativen Betrieb der hoheitlichen Verwaltung, die mit € 25 Mio. Umsatz des Kerngeschäfts der Gemeinde ist, keinen Einfluss. Wir haben um 8,5% teurer produziert obwohl wir sparen wollen. Das kann doch hier im Raum keinen egal sein. Diese Entspanntheit verstehe ich nicht.

Gemeinderat Baumgartner: In der letzten Prüfungsausschusssitzung habe ich genau diese Entspanntheit von fast allen Mitgliedern eigentlich sehr dramatisch empfunden. Es ist sehr vielen Mitgliedern hier im Saal, den Eindruck habe ich, komplett egal, welche wirtschaftlichen Daten wir bringen. Zumindest sehe ich Null Einsatz in diesem Bereich, irgendetwas mehr zu tun. Im Prüfungsausschuss ist es meistens eine zwei oder drei Mann-Show.

Bürgermeister Laab: Sie können sicher sein, dass wir nicht mit Jubel und Freude die Entwicklung der Zahlen festgestellt haben. Manche Dinge, die sich außerhalb unseres Einfluss bewegen, muss man zur Kenntnis nehmen.

Stadtrat Bolek: Die Überraschtheit überrascht mich, denn hätten wir ein klares Controlling, hätten wir Monatsüberblicke über Einnahmen- und Ausgabensituation. Ich ersuche ein monatliches Reporting einzuführen.

Bürgermeister Laab: Wir haben sehr wohl die Entwicklung gesehen, nur manche Dinge konnten wir nicht beeinflussen. Das war meine Aussage. Was soll man dagegen machen, wenn es nicht zu einer Erhöhung des Pflegegeldes kommt.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	10
	FPÖ+U	1 (Bolek)
	GRÜNE	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	19
	ÖVP	0
	FPÖ+U	2
	GRÜNE	2

2.) Änderung der Fixzinsvereinbarung bei Darlehen 2000112

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Beim Darlehen 2000112, aufgenommen bei der Ersten Bank d. österr. Sparkassen unter der Nr. 403-182-670/41, ist die Fixzinsvereinbarung, bisher 3,8 %, am 31.12.2008 ausgelaufen.

Daher wurde mit der Ersten Bank folgender neuer Zinssatz ausverhandelt.

Ab 01.01.2009 gelangt ein Zinssatz in Höhe von 2,544 % zur Anwendung.

Für die nächstfolgenden Zinsperioden erfolgt die Anpassung jeweils am Beginn der Zinsperiode, erstmals am 01.07.2009, auf Basis des 6-Monats-EURIBOR mit einem Aufschlag von 0,35 %.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	19
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

3.) Darlehensaufnahme für Geschafterzuschuss KIG

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Gemäß Planrechnung der NÖ Hypo für die KIG ist das vorgesehene Geschafterdarlehen in Höhe von € 12 Mio. an die Stadtgemeinde Stockerau ausbezahlt worden.

Dieser Betrag wird in den nächsten 10 Jahren in die KIG eingebracht werden und soll die Kosten für die vorgesehenen Investitionen abdecken.

Für das Finanzjahr 2009 ist ein Betrag in Höhe von

€ 1.670.000,--

vorgesehen.

Die Stadtgemeinde Stockerau wird diesen Betrag über ein Darlehen finanzieren und an die Tochtergesellschaft weiterleiten. Die Abrufung erfolgt in Teilbeträgen nach Erfordernis der KIG.

Die Finanzierung ist im VA 2009 unter Vorhaben 72 veranschlagt.

Es wurden 8 Institute eingeladen, ein Angebot zu legen und zwar auf Basis des 6-Monats-EURIBORS, des 6-Monats-CHF-LIBORS und eine Fixvariante auf 5 Jahre.

Die Laufzeit soll 15 Jahre ab Tilgungsbeginn betragen.

Im Bereich der des 6-Monats-EURIBORS ergibt sich folgende Reihung:

BAWAG/PSK	+0,24%
Bank Austria AG	+0,338%
HYPO TIROL BANK	+0,34%
Raiffeisenbank Stockerau	+0,7%
ERSTE Bank	+1,10%
HYPO Investmentbank AG	+1,29%
Oberbank Stockerau	k.A.
Kommunalkredit Austria AG	k.A.

Aufgrund des oben angeführten Ausschreibungsergebnisses wird ersucht, die Aufnahme des Darlehens bei der BAWAG/PSK mit einem Aufschlag von 0,24% auf den 6-Monats-EURIBOR und einer Laufzeit von 15 Jahren zu genehmigen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	19
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

4.) Darlehensaufnahme für den Straßenbau

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Finanzierung des außerordentlichen Straßenbauprogramms soll ein Darlehen in Höhe von

€ 600.000,--

in Anspruch genommen werden.

Vorgesehen ist eine Laufzeit von 10 Jahren. Die Finanzierung ist im Vorhaben 10 des Voranschlags 2009 ausgewiesen.

Nach dem vorliegenden Ausschreibungsergebnis soll die Finanzierung auf Basis des 6-Monats-EURIBOR erfolgen. Folgende Banken wurden eingeladen bzw. haben ein Angebot abgegeben:

BAWAG/PSK	+ 0,24%
Raiffeisenbank Stockerau	+ 0,24%
HYPO TIROL BANK	+ 0,34%
Bank Austria AG	+ 0,36%
NÖ HYPO Landesbank	+ 0,84%
ERSTE Bank	+ 1,10%
Oberbank	k.A.
Kommunalkredit Austria AG	k.A.

Aufgrund des oben angeführten Ausschreibungsergebnisses wird ersucht, die Aufnahme des Darlehens bei der BAWAG/PSK mit einem Aufschlag von 0,24% auf den 6-Monats-EURIBOR und einer Laufzeit von 15 Jahren zu genehmigen.

Gemeinderat Moll: Bei dieser Darlehensaufnahme ist auffallend, dass sowohl die Bawag als auch die Raiffeisenbank Stockerau mit dem gleichen Aufschlag von + 0,24% arbeitet. Warum hat hier auch die Bawag den Zuschlag bekommen, wenn sie schon bei dem ersten Kreditverfahren den Zuschlag bekommen hat.

Bürgermeister Laab: Wir haben das als Gesamtpaket, bei der nächsten Vergabe mit gleichen Konditionen wird die Raiffeisenbank den Zuschlag bekommen.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	1 (Bolek)
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	19
	ÖVP	10
	FPÖ+U	2
	GRÜNE	2

5.) Zahlungsvereinbarung mit der Fa. Strabag AG

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Im September 2007 wurde eine Zahlungsvereinbarung mit der Fa. Strabag für in Rechnung gestellte Straßenbauleistungen 2006 und 2007 abgeschlossen.

Die beauftragte Summe betrug € 671.045,57 und ist bereits ausbezahlt.

Mit Zusatzaufträgen wurde nun ein weiterer Betrag in Höhe von € 466.876,76 Brutto in Rechnung gestellt.

Es soll daher die bestehende Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Stockerau und der Fa. Strabag AG verlängert werden. Diese sieht vor, dass monatliche Teilzahlungen in Höhe von € 30.000,- geleistet werden, wobei die letzte Zahlung 10.07.2010 fällig wird.

Basis für die Verrechnung der Zinsen ist der 3-Monats-EURIBOR mit einem Aufschlag von 1,5%. Dieser Zinssatz ist günstiger als jener, der die ÖNORM für Zahlungsverzug vorsieht.

Stadtrat Huemer: Wenn wir hier eine Darlehensaufnahme machen würden, würden wir günstiger fahren.

Bürgermeister Laab: Momentan ist es für uns die günstigere Situation. Wir sind aber dabei, dies zu verfolgen und zu überprüfen.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	10
	FPÖ+U	2
	GRÜNE	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	19
	ÖVP	0
	FPÖ+U	1 (Ihm Franz)
	GRÜNE	2

6.) Verpflichtungserklärung betreffend Weiterleitung Bedarfszuweisungen für Fossilienwelt Weinviertel

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtgemeinde Stockerau hat sich mit Beschluss vom 27.03.2008 verpflichtet, die jährlich erhaltenen Bedarfszuweisungsmittel für die Jahre 2007 bis 2011 betreffend die Fossilienwelt Weinviertel an die Gemeinde Stetten weiterzuleiten.

Für dieses Projekt sind nun lt. Schreiben der Gemeinde Stetten seitens der NÖ Landesregierung weitere, zusätzliche € 300.000,-- an Bedarfszuweisungsmittel im Jahre 2009 vorgesehen.

Die Stadtgemeinde Stockerau verpflichtet sich daher, nach Einlangen dieser Mittel in Höhe von € 90.960,-- an die Gemeinde Stetten weiterzuleiten und in weiterer Folge die Gemeinde Stetten die Gesamtsumme an die Fossilienwelt GmbH zu transferieren.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	19
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

7.) Ankauf eines Großflächenmähers

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtgemeinde Stockerau beabsichtigt den Ankauf eines Großflächenmähgerätes mit Absaugeinrichtung und Hochentleerung für Großraum-Container. Dieses Mähgerät wird zur Pflege von großen Wiesenflächen und Sportplätzen im Stadtgebiet sowie zur Unterstützung bei technischen Problemen von Aufsitzmähgeräten im Sportzentrum und Erholungszentrum

verwendet und soll den „Rasant- Kommunaltrac“, Baujahr 1987, wegen der hohen Reparaturkosten, die dieses Gerät verursacht, ersetzen.

Es wurden von 4 Firmen Angebote eingeholt, und zwar:

Fa. RKM-Rasenpflege-Kommunalmaschinen, Herzogenburg:		
	John Deere 4720	€ 71.686,--
	John Deere 4520	€ 70.353,--
Fa. Esch-Technik, Herzogenburg:	Kubota L 42 40	€ 51.280,20
Fa. Austrowaren, Wien:	Iseki TG 5470 AHL	€ 42.749,50
Fa. Stangl, Vösendorf	Hako Citytrac 4200 DA	€63.353,40

Nach Prüfung der Angebote wird vorgeschlagen, den Auftrag für das Mähgerät an die Fa. Stangl zu vergeben und zwar ein Hako Citytrac 4200 DA / 44 PS mit Frontmäherwerk 150 cm Schnittbreite Grasfangkorb mit Hochentleerung 1200l Fassungs- und Partikelfilter - 90% Wirkungsgrad

Für den „Hako Citytrac“ spricht das Absaugsystem, welches dieses Gerät als einziges besitzt. Das Schnittgut wird nicht wie bei allen anderen Geräten über eine Turbine weiter in den Grasfangkorb befördert, sondern über ein Unterdrucksystem. Dadurch kommen das Mähgut und vorhandene Störstoffe (z.B. Steine, Metalle, etc.) mit keinen rotierenden Teilen in Berührung, wodurch eine Beschädigung am Gerät ausgeschlossen wird. Diese Schäden verursachen, wie die Praxis zeigt, die meisten Stehzeiten und die höchsten Reparaturkosten. Das Gerät ist ein deutsches Produkt, was insofern von Bedeutung ist, da Produkte aus Übersee längere Lieferzeiten und Lieferwege haben, was sich in den dadurch resultierenden höheren Preisen niederschlägt.

Das Grundgerät ist teurer als zwei Mitbewerber, weil dieses Fahrzeug kein Traktor sondern ein Geräteträger ist.

Geräteträger haben mehr An- und Aufbaumöglichkeiten als ein herkömmlicher Traktor.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0

Prostimmen:	SPÖ	19
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

8.) Straßenbau-Ausschreibung 2009/10 – Vergabe von Leistungen

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Straßenbauarbeiten für die Bausaison 2009 und 2010 wurden durch das ZT Büro Prem ausgeschrieben. Am 16. März 2009 fand im kleinen Sitzungssaal der Stadtgemeinde Stockerau, die Angebotseröffnung statt. Insgesamt haben sieben Firmen bis zum Abgabetermin ihre Angebote abgegeben.

Gemäß Prüfbericht des ZT Büros Prem im März 2009, lautet das Ergebnis der Ausschreibung wie folgt:

Fa. Strabag AG., Hausleiten	€ 1.748.506,84
Fa. Pittel + Brausewetter, Tulln	€ 2.028.807,84
Fa. Held + Franke, St. Pölten	€ 2.062.995,89
Fa. Terrag Asdag, Krems	€ 2.066.395,13
Fa. Granit, Graz	€ 2.103.350,80
Fa. Swietelsky, Wien	€ 2.121.572,28
Fa. Alpine, Mistelbach	€ 2.140.623,97

Grundlage der Ausschreibung waren folgende Baulose, die jedoch aufgrund des Umfangs der Straßenbauleistungen auf zwei Jahre aufgeteilt wurden:

- o Wiesenersiedlung West (Asphaltband)
- o Wiesenersiedlung Ost Nebenflächen
- o Belvederegasse
- o Heidwerksiedlung Nebenflächen
- o Kaserne Asphaltband
- o Schutzwege
- o Zum Wiesfeld Asphaltband
- o Spritzdeckensanierungen
- o diverse Kleinbaustellen im Gemeindegebiet

Vergabevorschlag

Aufgrund der Überprüfung der Befugnis, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit, der rechnerischen Prüfung der Angebote und aufgrund des Vergleichens der Kosten der einzelnen Leistungspositionen untereinander und aufgrund der vorläufigen Angebotsprüfung, gemäß ÖNORM A2050, Pkt. 7.3.6, ist für die gegenständliche Ausschreibung die anbietende

Firma Strabag AG, Tullner Straße 341, 3464 Hausleiten

mit einer **Bruttoangebotssumme** von € 1.748.506,84 die Erstgereichte, und wird zur Vergabe vorgeschlagen.

Vizebürgermeisterin Niederhammer: Nach welchen Kriterien entscheiden sich die Straßenbauarbeiten.

Bürgermeister Laab: Anforderung gibt es durch das neue Siedlungsgebiet und Straßenbewertung, wo z.B. Fernwärmeverlegungen durchgeführt wurden, Zustand der Straße

Stadtrat Bolek: Der Bestbieter Strabag hat um € 1,7 Mio., die anderen liegen bei € 2,1 Mio. und höher. Das verwundert mich ein bisschen, das sind um fast 20% Preisunterschied. Das klingt mir nachprüfbar, ob hier wirklich das geliefert wird und geleistet wird wie die anderen. Das kommt mir unüblich vor.

Bürgermeister Laab: Die Fa. Strabag führt bei uns schon seit Jahrzehnten die Arbeiten durch. Es könnte auch möglich sein, dass sich die Herrschaften in Zeiten wie diesen besonders anstrengen und die Möglichkeit haben, das günstigste Angebot zu stellen.

Stadtrat Moll: Ich kann mich erinnern, bei Einsicht der Akten, wo ein handgeschriebener Zettel dabei war, welche Straßen im Wert von € 1,7 Mio. saniert werden sollen. Ist es dabei geblieben?

Bürgermeister Laab: Ja, es ist dabei geblieben.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	19
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

9.) Rücktritt vom Grundkauf der Parz.Nr. 4453 – Atzwanger DI Thomas und Ruth

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 02.12.2008 wurde Herrn Arch. DI Thomas und Frau Ruth Atzwanger, wh. Brodschildstraße 37, 2000 Stockerau, das Grundstück Parz. Nr. 4453, Ausmaß 628 m², westlich der Wiesenerstraße, KG. Stockerau, zugeteilt.

Herr und Frau Atzwanger Arch. DI Thomas und Ruth sind mit Schreiben vom 16.12.2008 vom Grundkauf zurückgetreten.

Der Beschluss des Gemeinderates vom 02.12.2008 wäre somit aufzuheben.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	19
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

10.) Verkauf des Grundstückes Parz.Nr. 4453 an Singer Gotthard und Vera

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtgemeinde Stockerau verkauft an Herrn und Frau Singer Gotthard und Vera die Parz.Nr. 4453, Ausmaß 628 m², im Bereich westlich der Wiesenerstraße, zu folgenden Bedingungen.

1. Der Grundpreis beträgt € 155,--/m², einschließlich Aufschließungsabgabe, somit insgesamt € 97.340,--.

2. Grundbücherliche Sicherstellung des Wiederkaufsrechtes für den Fall, dass
 - a) der Käufer ab Datum des Gemeinderatsbeschlusses auf dem Grundstück nicht binnen 3 Jahren mit dem Bau eines Wohnhauses beginnt und dieses nicht innerhalb von weiteren 2 Jahren fertig gestellt hat und
 - b) der Käufer das Grundstück vor Erfüllung oder trotz Nichterfüllung der unter a) angeführten Bedingungen ohne Zustimmung der Gemeinde veräußert, wobei der Eigentümer des Grundstückes die mit der Ausübung des Wiederkaufsrechtes verbundenen Kosten zu tragen hat.
3. Der Bürgermeister hat nach fruchtlosem Ablauf der 3- bzw. 5-jährigen Frist den Wiederkauf des Grundstückes, zu den in Punkt 1) festgelegten Kaufpreis zu veranlassen.
4. Alle Kosten, die mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung dieses Vertrages erwachsen werden, hat der Käufer allein und zur Gänze zu tragen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmhaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	19
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

11.) Verkauf des Grundstückes Parz.Nr. 4452 an Fleischer Günther

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtgemeinde Stockerau verkauft an Herrn Günther Fleischer ihren Anteil an der Parz.Nr. 4452 im Ausmaß von 396 m², im Bereich westlich der Wiesenerstraße, zu folgenden Bedingungen.

1. Der Grundpreis beträgt € 155,--/m², einschließlich Aufschließungsabgabe, somit insgesamt € 61.380,--.
2. Grundbücherliche Sicherstellung des Wiederkaufsrechtes für den Fall, dass
 - a) der Käufer ab Datum des Gemeinderatsbeschlusses auf dem Grundstück nicht binnen 3 Jahren mit dem Bau eines Wohnhauses beginnt und dieses nicht innerhalb von weiteren 2 Jahren fertiggestellt hat und
 - b) der Käufer das Grundstück vor Erfüllung oder trotz Nichterfüllung der unter a) angeführten Bedingungen ohne Zustimmung der Gemeinde veräußert, wobei der Eigentümer des Grundstückes die mit der Ausübung des Wiederkaufsrechtes verbundenen Kosten zu tragen hat.
3. Der Bürgermeister hat nach fruchtlosem Ablauf der 3- bzw. 5-jährigen Frist den Wiederkauf des Grundstückes, zu den in Punkt 1) festgelegten Kaufpreis zu veranlassen.
4. Alle Kosten, die mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung dieses Vertrages erwachsen werden, hat der Käufer allein und zur Gänze zu tragen.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	19
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

12) Ankauf einer Teilfläche des Grundstückes Nr. 1155/1 von ARBÖ

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtgemeinde Stockerau kauft vom Auto-, Motor- und Radfahrerbund Österreich (ARBÖ) zwecks Grenzberichtigung die Teilfläche 3 gemäß Teilungsplan GZ. 20652 mit dem Ausmaß von 18 m² zum Kaufpreis in der Höhe von € 2700,--.

Sämtliche mit dem Kauf verbundenen Kosten werden von der Stadtgemeinde Stockerau übernommen.

Stadtrat Moll: Ich kann mich erinnern, in den vorletzten Sitzungen haben wir Grundstücke gewidmet Kleingartensiedlung mit € 55,-- verkauft. Jetzt kaufen wir ein Grundstück mit der gleichen Widmung vom ARBÖ um das nahezu Dreifache um € 150,--.

Bürgermeister Laab: Es ist keine Kleingartenwidmung sonder Bau- und Grundgebiet.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	19
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

b) Stadtentwicklung und Verkehr

1.) NÖ Verkehrsraumordnungsprogramm - Aufhebung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Verkehrs-Raumordnungsprogramm, LGBl. 8000/26-0, stammt aus dem Jahr 1975; aufgrund der Änderung der Umstände ist es nicht mehr aktuell und auch nicht mehr zeitgemäß. Vom NÖ Landesrechnungshof wurde 2001 (Bericht 14/2001) und 2007 (Bericht 1/2007) im Rahmen der Prüfung von 2 Landesstraßenbauvorhaben empfohlen, das Verkehrs-Raumordnungsprogramm entweder auf einen aktuellen Stand zu bringen oder es außer Kraft zu setzen. Da sich die Grundlagen im Lauf der letzten Jahrzehnte geändert haben und das Landesentwicklungskonzept und das NÖ Landesverkehrskonzept die neueren Entwicklungen berück-

sichtigen, die in eine andere Richtung gehen, erweist sich der Regelungsinhalt des Verkehrs-Raumordnungsprogramms sohin als überholt.

Da die Verkehrswege zum größten Teil bereits Bestand sind und durch die Aufhebung der gegenständlichen Verordnung keine Auswirkungen zu erwarten sind, kann daher auch die Durchführung einer strategischen Umweltprüfung entfallen.

Durch die Aufhebung der Verordnung der NÖ Landesregierung vom 15. Juli 1975 über ein Raumordnungsprogramm des Verkehrswesens (Verkehrs-Raumordnungsprogramm) ergeben sich gegenüber der bisherigen Rechtslage keine Änderungen

- der Kompetenzlage,
- des Verhältnisses zu anderen landesrechtlichen Vorschriften und
- der finanziellen Auswirkungen für den Bund, das Land, die Gemeinden und Normadressanten.

Auch sind Auswirkungen auf die Erreichung der Ziele des Klimabündnisses nicht zu erwarten.

Im Sinne der Deregulierung und Bereinigung der Rechtsnormen soll daher das Verkehrs-Raumordnungsprogramm aufgehoben werden.

Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	19
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	2

2.) Kurzparkzonenverordnung

Antrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Jahr 1995 trat die im Wesentlichen noch heute gültige Kurzparkzonenregelung für das Stadtgebiet von Stockerau in Kraft.

Zunächst traten drei Verordnungen in Kraft (Verordnung über die Festlegung von Kurzparkzonen, Verordnung über die Einhebung einer Kurzparkzonen in bestimmten Kurzparkzonen in Stockerau, Verordnung über die Ausnahmegenehmigungen in Kurzparkzonen), die in den vergangenen Jahren mehrfach erweitert wurden.

In der Zwischenzeit hat sich auch die Rechtsgrundlage, auf deren Basis die Kurzparkzonenverordnungen der Stadtgemeinde Stockerau erlassen wurden, geändert – sie fußen nunmehr auch auf dem Finanzausgleichsgesetz – war eine Änderung unausweichlich.

Zur besseren Verständlichkeit haben wir daher alle bestehenden Verordnungen in einer neuen zusammengefasst.

In der gebührenpflichtigen Kurzparkzone wird einem immer wieder geäußerten Wunsch der Bevölkerung Rechnung tragend in der Zeit zwischen 12.00 Uhr und 13.30 Uhr ab Inkrafttreten dieser Verordnung keine Kurzparkzonenabgabe eingehoben.

Im Bereich Stögergasse, Brodschildstraße (Gasthaus Lukas, City-Hotel) und im Bereich Bahnhofplatz (Restaurant zur Post) soll die Parkzeit in der gebührenfreien Kurzparkzone von derzeit 90 Minuten auf 180 Minuten ausgedehnt werden.

V E R O R D N U N G

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau vom 19. März 2009
über die Einhebung der Kurzparkzonenabgabe im Stadtgebiet der Stadt Stockerau

Aufgrund des § 15 Abs. 3 Z 5 des Finanzausgleichsgesetzes 2008, BGBl. I Nr. 103/2007, des Kurzparkzonenabgabegesetzes, LGBl. 3706 i.d.g.F., und des § 25 Abs. 1, 2 und 5, wird verordnet:

§ 1

Kurzparkzonen

Mit Verordnung des Bürgermeisters vom 19. März 2009 wurden im Stadtgebiet von Stockerau Straßen bzw. Straßenteile als Kurzparkzonen festgelegt. (§ 25 Straßenverkehrsordnung 1960). Für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in den unter § 2 angeführten Bereichen ist eine Abgabe (Kurzparkzonenabgabe) zu entrichten.

§ 2

Gebührenpflicht

Die nachstehend angeführten Straßen bzw. Straßenstrecken in der Stadt Stockerau werden als gebührenpflichtige Kurzparkzone festgelegt. (§ 25 Straßenverkehrsordnung 1960). Für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen ist eine Abgabe (Kurzparkzonenabgabe) zu entrichten.

- a) Die Gebührenpflicht besteht werktags, Montag bis Freitag in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 13.30 Uhr bis 18.00 Uhr und Samstag in der Zeit von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr. Der erste Samstag im Monat sowie die Adventsamstage sind gebührenfrei.

Straße	Nr.	Kurzpa rkzeit in Std.	Geb.pflichtig
Bahnhofstraße	Zw. Hauptstraße und Austraße	3	Geb.pfl.
Hauptstraße		1 ½	Geb.pfl.
Kirchengasse		3	Geb.pfl.
Kochplatz		3	Geb.pfl.
Landstraße		1 ½	Geb.pfl.
Landstraße	Parkplatz bei Krankenhaus	3	Geb.pfl.
Rathausplatz		1 ½	Geb.pfl.
Dr.K. Renner-Platz		1 ½	Geb.pfl.
Röergasse		1 ½	Geb.pfl.
Schillerstraße		1 ½	Geb.pfl.
Sparkassaplatz	vor Bank Austria	½	Geb.pfl.
Sparkassaplatz	Nr. 5, 5a, 6, 7, 8	1 ½	Geb.pfl.
J. Wolfik-Straße	Nr. 2 – 10	1 ½	Geb.pfl.
Parkplatz Automobilmuseum	vordere Teil	3	Geb.pfl.

b) Alle übrigen Kurzparkzonen im Stadtgebiet sind von der Abgabepflicht ausgenommen.

Straße	Nr.	Kurzpa rkzeit in Std.	Nicht geb.pfl.
Austraße	Nr. 4	½	Nicht geb.pfl.
Austraße	nach Nr. 4	1 ½	Nicht geb.pfl.
Bahnhofplatz		3	Nicht geb.pfl.
Bahnhofstraße	zw. Austraße u. Bahnhofplatz	1 ½	Nicht geb.pfl.

Berggartenstraße	zw. Grafendorferstraße u. Holzhof	1 ½	Nicht geb.pfl.
Bräuhausgasse	zw. Sparkassaplatz u. Neubau	1 ½	Nicht geb.pfl.
Bräuhausgasse	zw. Neubau u. Gaswerkstraße	3	Nicht geb.pfl.
Brodschildstraße	beidseitig von Stöbergasse bis Brodschildstraße einschl. Nr. 32	3	Nicht geb.pfl.
Brodschildstraße	Schillerstraße bis Brodschildstraße Nr. 30	1 ½	Nicht geb.pfl.
Brodschildstraße	zw. Schillerstraße u. Schießstattgasse	3	Nicht geb.pfl.
Brodschildstraße/Judithastraße beim Busbahnhof		1 ½	Nicht geb.pfl.
Donaustraße		1 ½	Nicht geb.pfl.
Fischer v. Erlach-Gasse		1 ½	Nicht geb.pfl.
Grafendorferstraße		1 ½	Nicht geb.pfl.
G. Hauptmannstraße		1 ½	Nicht geb.pfl.
Klesheimstraße	zw. Brodschildstraße und Th. Stefsky-Gasse	1 ½	Nicht geb.pfl.
Lenastraße	zw. Schaumannngasse u. A.Schlinger-Straße	3	Nicht geb.pfl.
Lenastraße	ab A.Schlinger-Straße bis Schwesternheim (Sackgasse)	1 ½	Nicht geb.pfl.
Manhartstraße	zw. Klesheimstraße und Stöbergasse	1 ½	Nicht geb.pfl.
Mühlgasse		1 ½	Nicht geb.pfl.
Neubau	Nr. 2 bis Nr. 6 (50 lfm) zw. Mühlgasse u. Bräuhausgasse	3	Nicht geb.pfl.
Neubau	zw. Bräuhausgasse u. Grafendorferstraße	1 ½	Nicht geb.pfl.

Neubau	zw. Grafendorferstraße u. Holzhof (Neubau Nr. 40)	1 ½	Nicht geb.pfl.
Neubau	Nr. 38 (30 lfm) (Arzt)	3	Nicht geb.pfl.
Parkgasse		1 ½	Nicht geb.pfl.
Ed. Rösch-Straße	13 bis 17 Elektro-Schuster (35 lfm Nebenfahrbahn)	1 ½	Nicht geb.pfl.
Ed. Rösch-Straße	Nr. 47 – 53	2	Nicht geb.pfl.
Ed. Rösch-Straße	im Bereich Nr. 48 bis 52	2	Nicht geb.pfl.
Ed. Rösch-Straße	Nr. 71	1 ½	Nicht geb.pfl.
Schießstattgasse	zw. Brodschildstraße u. Schießstattgasse 25	1 ½	Nicht geb.pfl.
A. Schlinger-Straße		1 ½	Nicht geb.pfl.
Stögergasse	im Bereich Liegenschaft Brodschildstr. 39	3	Nicht geb.pfl.
Stögergasse		1 ½	Nicht geb.pfl.
Dr. Max Wertheimer-Gasse	Belvedereschlössl	1 ½	Nicht geb.pfl.
J. Wolfik-Straße	Im Bereich Nr. 37 u. 39	1 ½	Nicht geb.pfl.
Hornerstraße	Nr. 41	3	Nicht geb.pfl.

c) Als Parken im Sinne dieser Verordnung gilt das Stehenlassen eines Fahrzeuges, das nicht durch die Verkehrslage oder durch sonstige wichtige Umstände erzwungen ist, für mehr als zehn Minuten oder über die Dauer der Durchführung einer Ladetätigkeit (das ist das Beladen oder Entladen von Fahrzeugen) hinaus.

§ 3 Parkgebühr

Die Parkgebühr beträgt einheitlich 50 Cent für jede angefangene halbe Stunde, wobei zumindest für die erste halbe Stunde der volle Abgabebetrag zu entrichten ist.

Für über eine halbe Stunde hinausgehende Zeiteinheiten ist eine entsprechend festgesetzte Parkgebühr im Rahmen der jeweils höchstzulässigen Parkdauer (30 Minuten, 90 Minuten, 180 Minuten) zu entrichten.

§ 4

Gebührentrichtung

- a) Jeder Lenker eines mehrspurigen Kraftfahrzeuges, der ein solches Fahrzeug in einer abgabepflichtigen Kurzparkzone abstellt, muss die Abgabe zu Beginn des Parkens entrichten.
- b) Die Entrichtung der Abgabe erfolgt durch Lösen eines computerausgedruckten Parkscheines bei den Parkscheinautomaten, welche in den unter Punkt 1) angeführten Kurzparkzonen aufgestellt sind, oder mittels Entwertung von Parkscheinen, die von der Stadt Stockerau aufgelegt werden und dem Muster der Anlage A) entsprechen oder durch Lösen eines Parkscheins mithilfe eines Mobiltelefons („Handyparking“).
- c) Auf sämtlichen Parkscheinen ist die Stadt Stockerau als Herausgeber ersichtlich zu machen und dürfen auch Zusätze wie durchlaufende Nummerierung, Angaben über die Geltungsdauer und dergleichen angebracht werden.
- d) Zu entwerten ist der Parkschein durch sichtbares, haltbares Ankreuzen der Ankunftszeit (Monat, Tag, Stunde, Minute) und durch eintragen des Jahres, angefangene Viertelstunden können unberücksichtigt bleiben. Bei Verwendung mehrerer Parkscheine sind auf jedem Parkschein die gleichen, der Ankunftszeit entsprechenden Daten einzutragen.
- e) Sämtliche Parkscheine sind gut erkennbar hinter der Windschutzscheibe anzubringen, bei Fahrzeugen ohne Windschutzscheibe an einer anderen geeigneten Stelle.

§ 6

Gebührenbefreiung

Für die in § 5 NÖ Kurzparkzonenabgabegesetz aufgezählten Kraftfahrzeuge ist bei dem gemäß dieser Bestimmung umschriebenen Abstellen derselben in einer Kurzparkzone keine Abgabe zu entrichten.

§ 7

Ausnahmebewilligung

Bewohner mit Hauptwohnsitz in Stockerau im Bereich einer Kurzparkzone, welche nachweislich keine Möglichkeit zum Parken auf eigenem Grundstück haben, können eine Ausnahmebewilligung für die Benützung der Kurzparkzonenstellflächen in den nachstehend angeführten Straßenzügen beantragen. Der Inhaber der Ausnahmebewilligung ist zur Entrichtung einer pauschalierten Abgabe (§ 2 Abs. 3 NÖ. Kurzparkzonenabgabegesetz, LGBl. 3706 i.d.g.F) verpflichtet, diese wird mit Abgabenbescheid vorgeschrieben. Die pauschalierte Abgabe beträgt € 96,-- pro Kalenderjahr (ohne Verwätungsabgabe).

Bewohner der	In den Straßenzügen
Am Kellern	Parkplatz Automobilmuseum, Schießstattgasse
Bahnhofstraße	Bahnhofstraße und Austraße ab Nr. 4, Kochplatz
Bahnhofplatz	Neubau, Bahnhofplatz, Mühlgasse, Bahnhofstraße
Hauptstraße	Hauptstraße 46 – 60 , Schillerstraße und Röbergasse, Neubau, Brodschildstraße
Kochplatz	Kochplatz , Mühlgasse, Bahnhofstraße
Landstraße	Landstraße und A.Schlinger-Straße, Rathausplatz
Rathausplatz	Rathausplatz, Landstraße, Donaustraße, Hauptstraße Nr.1 – 7, J.Wolfik-Straße
Dr.K. Renner-Platz	Schießstattgasse, Dr. K. Rennerplatz, Parkplatz Automobilmuseum
Röbergasse	Röbergasse, Grafendorferstraße, Hauptstraße 46-60
Schillerstraße	Schillerstraße, Brodschildstraße, Brodschildstraße Busbahnhof (Juditha-Straße)
Sparkassaplatz	Röbergasse u. Hauptstraße 46 – 60, Brodschildstraße
J. Wolfik-Straße Nr. 1 – 10	J. Wolfik-Straße, Rathausplatz, Landstraße
Parkplatz Automobilmuseum	Parkpl. Automobilmuseum, Dr. K. Rennerplatz, Schießstattgasse
Austraße	Austraße ab Nr. 4, Donaustraße, Bahnhofplatz
Bahnhofplatz	Bahnhofplatz, Donaustraße, Neubau, Mühlgasse, Bahnhofstraße
Bahnhofstraße	Bahnhofstraße, Kochplatz, Dr. K. Rennerplatz, Austraße ab Nr. 4, Bahnhofplatz
Berggartenstraße	Berggartenstraße, Grafendorferstraße, Neubau

Bräuhausgasse	Bräuhausgasse, Parkgasse, Neubau
Brodschildstraße	Brodschildstraße, Brodschildstraße Busbahnhof (Judithastraße), Klesheimstraße
Donaustraße	Donaustraße, Austraße ab Nr. 4, Bahnhofplatz
Fischer v. Erlach-Gasse	Fischer v. Erlach-Gasse, Neubau, Parkgasse
Grafendorferstraße	Grafendorferstraße, Rögergasse, Berggartenstraße, Neubau
G. Hauptmann-Straße	G. Hauptmannstraße, Klesheimstraße, Manhartstraße
Kirchengasse	Kirchengasse, Kochplatz, Mühlgasse, Bahnhofstraße
Klesheimstraße	Klesheimstraße, G. Hauptmannstraße, Manhartstraße, Brodschildstraße Busbahnhof (Judithastraße),
Lenastraße	Lenastraße, A.Schlinger-Straße
Manhartstraße	Manhartstraße, Klesheimstraße
Mühlgasse	Mühlgasse, Kochplatz, Neubau
Neubau ab Mühlgasse	Neubau, Fischer v. Erlach-Gasse, Bräuhausgasse, Mühlgasse
Neubau ab Grafendorferstraße bis Holzhof	Neubau, Grafendorferstraße, Berggartenstraße
Parkgasse	Parkgasse, Fischer v. Erlach-Gasse, Bräuhausgasse, Neubau
Ed. Rösch-Straße	Ed. Röschstraße
Schießstattgasse bis einschl. Automobilmuseum	Schießstattgasse, Parkplatz Automobilmuseum, Brodschildstraße, Dr. K. Renner-Platz
Schießstattgasse ab Automobilmuseum, zw. Brodschildstraße und Schießstattgasse 25.	Schießstattgasse, Parkplatz Automobilmuseum, Brodschildstraße

A. Schlinger-Straße	A. Schlinger-Straße und Lenaustraße, Landstraße
Schulgasse	Brodschildstraße, Parkplatz Automobilmuseum, Schießstattgasse
Stöbergasse	Stöbergasse, Brodschildstraße
Dr. Max Wertheimer-Gasse (Belvedere-schlössl)	Dr. M. Wertheimer-Gasse u. Parkplatz Automobilmuseum
J. Wolfik-Straße Nr. 37 und 39	J. Wolfik-Straße, Landstraße, Rathausplatz
Hornerstraße Nr. 41	----

§ 8

Hilfsmittel zur Kontrolle

Als Hilfsmittel zur Kontrolle der gemäß § 7 erteilten Ausnahmegewilligung wird die Parkkarte nach dem Muster der Anlage B) festgelegt, wobei diese in einem Format von 10 x 15 cm in jährlich wechselnden Grundfarben mit schwarzer Schrift herzustellen ist.

Die Parkkarte ist anstelle des Parkscheines (§ 5 lit e) gut erkennbar hinter der Windschutzscheibe, bei Fahrzeugen ohne Windschutzscheibe an einer anderen geeigneten Stelle anzubringen.

§ 9

Verwaltungsübertretung

Verstöße gegen diese Kurzparkzonenabgabeverordnung stellen eine Verwaltungsübertretung dar und werden gem. § 6 NÖ Kurzparkzonenabgabegesetz, LGBl.3706 i.d.g.F., als solche bestraft.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit 1. Mai 2009 in Kraft. Mit Inkrafttreten dieser Verordnung werden alle bisher erlassenen Verordnungen betreffend Kurzparkzonen im Gemeindegebiet von Stockerau aufgehoben.

Stadtrat Huemer: Ich finde diese Erweiterung sehr gut, besonders das Gratisparken von 12.00 bis 13.30 Uhr, auch wenn es uns einige Einnahmen kostet. Ich hätte mir 2 Stunden gewünscht, aber es ist der richtige Ansatz, vielleicht die Stadt ein bisschen zu beleben.

Stadtrat Straka: Wir glauben, dass es der falsche Weg ist, wenn man Stockerau wieder in einen kostenlosen Parkplatz verwandelt. Dass man statt 90 Minuten nun 3 Stunden essen

gehen kann, dass sind für und nicht nachvollziehbare Gründe. Wenn man die Autos ins Parkdeck oder auf große Parkplätze bringen will, ist das sicher der falsche Weg.

Bürgermeister Laab: Man könnte mit der Wirtschaft Überlegungen anstreben, mehr Autos ins Parkdeck durch ein kostenloses Ausfahrtsticket, welches man im Geschäft, wo man einkauft, erhält, zu bekommen.

Stadtrat Holzer: Die drei Stunden sind nicht nur zum Essen, sondern dort installiert, wo man es auch braucht, z. B. Ärztezentrum, beim Orthopäden, beim Röntgenarzt. Dies betrifft 45 Parkplätze in Stockerau.

Gemeinderat Moll: Grundsätzlich teile ich auch die Bedenken des Herrn Straka, weil es schon Sinn der Kurzparkzonen ist, dass es eine große Fluktuation ist, sodass man immer wieder einen Parkplatz bekommt. Wenn man es jetzt auf 3 Stunden ausweitet, besteht die Gefahr, dass dort Dauerparker sind, und der der zum Arzt gehen muss, gar keinen Platz findet. Diese Gefahr besteht aber immer. Daher meine ich, dass man dies jetzt einführen soll, aber jedenfalls in einem Jahr sollte man darüber reden, ob sich das wirklich positiv entwickelt hat oder nicht.

Das Parkleitsystem erscheint mir zu wenig intensiv ausgedeutet in Stockerau. Vielleicht liegt es daran, dass das Parkdeck nicht bzw. zu wenig angenommen wird, weil eben bei den Einfahrtsstraßen der Hinweis auf ein Parkleitsystem großflächig fehlt. Dass man mit dem Parkdeck tun muss, zeigt der Abgang von € 350.000,-.

Was noch zu bedenken ist – wir haben jetzt drei Kurzparkzonen, ½ Stunden, 1 1/2 Stunden und 3 Stunden. Das bedarf, meiner Meinung nach, ganz sicher einer sehr guten Beschilderung, damit sich die Stockerauer Besucher orientieren können, wo sie jetzt um welche Zeit parken können.

Im Grunde genommen, ob es jetzt eine ½ Stunde, 1 ½ oder 3 Stunden sind, ein Problem bleibt für mich immer noch, nämlich ob ich jetzt die ½ Stunde überziehe, die 1 ½ oder 3 Stunden überziehe, das bleibt sich gleich, man muss Strafe zahlen. Nachzahlungsmöglichkeit statt Strafen. Ich weiß, dass das das NÖ Kurzparkzonenabgabengesetz nicht vorsieht. Daher appelliere ich an alle Fraktionen, sich mit ihren Fraktionen im Landtag darüber zu unterhalten, dass man das NÖ Landesgesetz darin abändern kann, dass den Gemeinden frei gestellt wird, allenfalls günstigere Lösungen zu finden.

Bürgermeister Laab: Parkleitsystem – kann man darüber nachdenken und Verbesserungen durchführen. Wir sind aber nicht eine Stadt, die den Tourismus und viele Besucher anzieht, die das Parkdeck benützen könnten. Wir müssen daran arbeiten, dass die bestehenden Autos, die in der Stadt einen Parkplatz suchen, das Parkdeck zu benützen.

Gemeinderat Moll: Wir haben aber den höchsten Satz der Tourismusabgabe. Offensichtlich haben wir einen super Tourismus.

Stadtrat Holzer: Wir werden den Autofahrern Zetteln zukommen lassen, wo man parken kann, wo das Parkdeck ist.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	2
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ+U	0
	GRÜNE	0
Prostimmen:	SPÖ	19
	ÖVP	10
	FPÖ+U	3
	GRÜNE	0

Bürgermeister Laab schließt die öffentliche Sitzung. Er beginnt mit der nicht öffentlichen Sitzung. (Siehe dazu Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung im Anschluss an die öffentliche 20. Gemeinderatssitzung vom 19.03.2009).

Der Bürgermeister

Helmut Laab

Für die SPÖ-Fraktion

Für die ÖVP-Fraktion

StR. Elfriede Eisler

Vizebgm. Christa Niederhammer

Für die FPÖ-Fraktion

Für die GRÜNEN-Fraktion

GR. Gerald Moll

StR. Mag. Ing. Andreas Straka

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder